

# BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2007



- \* 4 Abstimmung – Ja zum Stadion – Nein zum Baukredit \*
- \* 8 Photovoltaik – In zehn Jahren sind wir soweit! \*
- \* 14 Nationalrat – Handel Ja, doch Menschenrechte müssen garantiert sein
- \* 16 Agrotreibstoffe – Ein Boom mit Schattenseiten \*
- \* 22 Mensch und Arbeit – Arbeit als Grundbedürfnis \*

Der 30. November ist seit 2002 der internationale Tag der «cities for life – cities against the death penalty»: Hunderte von Städten, darunter etliche Hauptstädte, begingen und begehen jährlich eine symbolische, humanitäre Solidaritätsaktion gegen die Todesstrafe. Aufgrund der Initiative des alternativen Gemeinderatsmitglieds Rupan Sivaganesan fand diese Aktion auch in der Stadt Zug statt. Leider wurde das Unterfangen von der Zuger Stadtregerung nicht unterstützt, sondern musste sich auf lokale kirchliche und menschenrechtliche Organisationen abstützen. (Die Redaktion)



## 2 Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Bundesratswahlen

### 4 Abstimmung Stadt Zug

Ja zum Stadion –  
Nein zum Baukredit

### 6 Grüne Kantonalparteien

Luzern – Kanton der zwei  
Gesichter

### 8 Photovoltaik

In 10 Jahren sind wir soweit!

### 11 Wahlfest

Freude herrscht!

### 12 Nationalratswahl

(Fast) alles beim Alten

### 14 Nationalrat

Handel Ja – aber mit  
Menschenrechten

### 16 Agrotreibstoffe

Ein Boom mit Schattenseiten

### 18 Meinung

Lang und Locher

### 19 Kantonsrat

Warum haben die Zuger Bürgerlichen Angst vor Transparenz?

### 20 Steuersenkungen für Millionäre und Grossaktionäre

Ich zahle gerne Steuern

### 22 Mensch und Arbeit

Arbeit als Grundbedürfnis

### 24 Serviceteil

Büchermail  
Frontal  
DVD  
Kino  
Veranstaltungen  
Adressen  
Impressum

#### «Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse

- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein  
«Das Bulletin»



# Blocher ist raus aus dem Bundesrat

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug

**Ein schöneres Weihnachtsgeschenk hätten die 125 Mitglieder des Bundesparlaments, die am 12. Dezember 2007 Christoph Blocher abwählten, den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit nicht machen können.**

*Dass eine Bundesratspartei samt Justizminister derart massiv gegen die liberalen und humanen Kerngehalte der Bundesverfassung Sturm läuft, das hat es seit den 1930er Jahren in der Schweiz nicht mehr gegeben. Und weil Blocher behauptet, er wisse nicht, warum er abgewählt worden sei, sei aus jenem WoZ-Artikel zitiert, der die Diskussion in der Linken lancierte und zur argumentativen Grundlage von Luc Recordons Bundesratskandidatur wurde ...*

*«Die Ausschaffungsinitiative vereint, insbesondere mit der Sippenhaftung, die Menschenrechte. Das von den europäischen Rechtsextremen übernommene Schafplakat wie auch die Zottel-Videospiele sind derart respektlos gegenüber Fremden und Gegnern, dass das normative Fundament des Rechtsstaates: die Würde jeder Person, schwerwiegend verletzt ist. Die Minarett-Initiative, die Muslimfeindlichkeit, welche an die traditionelle Judenfeindlichkeit anschliesst, sowie die Beschwörung der „christlichen“ Traditionen der Eidgenossenschaft und des Abendlandes widersprechen dem säkularen Charakter des Bundesstaates. Die Polemiken der SVP und die Verstösse ihres Hauptbundesrates gegen die Gewaltentrennung und das Völkerrecht zeugen von einem vormodernen Demokratieverständnis. Der im Wahlkampf zusätzlich gesteigerte Personenkult um Bundesrat Blocher steht in scharfem Gegensatz zu einem egalitären Republikanismus, wie ihn der Freisinnige Gottfried Keller beispielsweise im ‚Fähnlein der sieben Aufrechten‘ dargestellt*

*und postuliert hat. Der Wahlerfolg der SVP macht eine Gegenreaktion zwar schwieriger, aber nicht weniger dringlich. Der nächste Termin, zugunsten der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit ein Zeichen zu setzen, sind die Bundesratswahlen vom 12. Dezember.“ (Wochezeitung, 8.11.2007)*

*Der deutliche Entscheid der Delegiertenversammlung der Grünen vom 1. Dezember in Binningen, Luc Recordon als Bundesratskandidaten gegen Christoph Blocher ins Rennen zu schicken, hatte eine befreiende Wirkung – nicht nur unter den Grünen, sondern auch unter vielen traumatisierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die eigenen Verluste verbunden mit den Gewinnen der SVP hatten, was psychologisch leicht nachvollziehbar ist, eine Art Schockstarre zur Folge.*

*Und es verbreitete sich - auch unter Grünen und Alternativen – die Fehleinschätzung, das Bundesrat-Blocher-Problem löse sich, indem man nicht mehr darüber rede. Aber bekanntlich löst man Probleme, indem man sie löst und nicht, indem man sie verdrängt. Als wir Luc Recordon auf den Schild hoben, war uns bewusst, dass er gegen Blocher nicht gewinnen kann. Aber wir rechneten uns aus, dass seine Kandidatur für eine aussichtsreichere «eine Bresche schlagen» wird. Wie die meisten Medien, die nicht an eine Änderung im Bundesrat glaubten, inzwischen anerkennen, hat die grüne Kandidatur das Verdienst, das «Eis gebrochen zu haben» (Der Bund, 13.12.2007).*



Josef Lang wählte Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat.

*Blochers Drohung, mit seiner Partei nun in die «Totalopposition» zu gehen, macht mir keine Angst. Erstens wird sie wegen ihren kantonalen Regierungsbeteiligungen dazu nicht fähig sein. Und zweitens kann sie das, was sie in den zehn Monaten vor dem 21. Oktober verbrochen hat, nicht viel mehr steigern.*

*Wichtig ist, dass sich die Linke nach ihrem historischen Erfolg nicht wieder in die Defensive drängen lässt. Gerade wir Zuger Alternativen haben mit unserem Wahlkampf, der ein Schwergewicht auf das Unterschriftensammeln legte, gezeigt, wie wir auf den Rechtspopulismus am besten kontern: Indem wir möglichst häufig mit inhaltlichen Anliegen den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Weiter müssen wir versuchen, die erfolgreiche Zusammenarbeit von Grünen, SP, CSP, christlichem CVP- und liberalem FDP-Flügel auch im Kanton Zug zu vertiefen. Das tun wir nicht, indem wir abwarten, sondern indem wir voraus gehen.*

# Ja zum Stadion - Nein zum Baukredit

Patrick Steinle, Mitglied Grosser Gemeinderat Stadt Zug | Bild Stadt Zug

## 4 Am 24. Februar kommt mit 63 Millionen Franken – in Tat und Wahrheit werden es gegen 80 Millionen sein – ein auch für Zuger Verhältnisse einmalig happiger Baukredit vors Volk: Derjenige für das neue Eishockeystadion mitsamt Ausseneisfeld und unterirdischen Parkplätzen.

Bei Annahme des gemäss Stadtpräsident Dolfi Müller «exemplarischen» gemischtwirtschaftlichen Projekts (sogenanntes Public-Private-Partnership) wird der Weg für ein neues, grosszügiges Eishockeystadion, für ein überdachtes Ausseneisfeld und für einen städtischen Platz frei. Es wird auch der Weg für ein 18-stöckiges Hoch- und Langhaus frei – für ein Gebäude also, das auf unabsehbare Zeit das höchste und voluminöseste der Stadt sein wird.

Zudem gibt die Stadt das zentral gelegene Bosshardareal für eine private Überbauung des Investors frei. Mit diesem Baukredit und der damit verbundenen Grossüberbauung wird viel Neues geschaffen, aber auch Bestehendes verdrängt. Ein Fussballfeld muss weichen und eine Hütte auf dem Stierenmarktareal wird abgerissen. Auch die Nutzungen auf dem Bosshardareal müssen ersetzt werden – vom traditionsreichen Armbrustschützenstand bis zur Asylanten-Baracke, und auch der bärtige Einsiedler wird sich für seinen Wohnbus einen neuen Platz suchen müssen.

### Kein günstiger Wohnraum

Ein derart grosses Projekt hat dementsprechend auch städtebauliche Konsequenzen. Das grüne Band der Sportanlagen, das durch das schwach genutzte Bosshardareal die Lorzenebene mit dem See verbindet, wird auf Höhe der Weststrasse amputiert. Die Stadt entledigt sich so ihrer grössten Landreserve in Zug West und dies zu einer Zeit, in der die Zukunft der Anlässe auf dem Stierenmarktareal zur Diskussion steht und in der auch von privater Seite her intensiv

gebaut wird. Die private Bauherrschafte werden selbstverständlich nicht die dringend benötigten günstigen Wohnungen bauen, die der sozialen Segregation entgegenwirken, sondern Eigentumswohnungen der gehobenen Mittelklasse, von denen es nie genug geben wird, solange die Steuern in Zug so tief sind.

### Später Widerstand - nicht zuletzt aufgrund spät bekannten Details

Im Grossen und Ganzen waren diese Pläne dank dem Bebauungsplan und der Abstimmung über den Projektierungskredit (2006) seit längerem bekannt und die Entwicklung voraussehbar. Jedenfalls kann der Stadt nicht der Vorwurf gemacht werden, sie habe nicht rechtzeitig und umfassend informiert – auch wenn die Information teilweise geschönt wurde, zum Beispiel wenn an öffentlichen Veranstaltungen beim Grössenvergleich mit anderen Gebäuden vom Scheibenhaus nur die (vergleichsweise schlanke) Frontalansicht gezeigt wurde.

Dennoch formierte sich der Widerstand erst spät, eigentlich erst als die Bauprofile des Scheibenhauses das Quartier aufrüttelten. Das mag einerseits an der Bevölkerungsstruktur in Zug West liegen. Andererseits waren viele Details, die für einen Entscheid für oder gegen ein Projekt zentral sind, bis zum Vorliegen des Baukredits noch gar nicht bekannt – für deren Ausarbeitung diente schliesslich der Projektierungskredit. Details wie etwa die tatsächliche Höhe des Scheibenhauses: Ob 11 oder 18 Stockwerke erstellt werden, macht einen grossen Unterschied. Jetzt sollen 18 gebaut werden. Oder Details

wie die Bauplanung: Fünf Jahre Bauzeit bedeuten fünf Jahre Sonderbelastung für das Quartier und auch drei oder vier Saisons lang kein Ausseneisfeld für die Herti-Jugend. Details wie die Planung der Zugänge für die Fangruppen, die unglücklicherweise durchs Wohnquartier erfolgen sollen (Weststrasse sowie Allmend-/Feldstrasse). Details wie die Platzgestaltung: Es ist immer noch nicht klar, wie dieser Platz belebt werden soll ausser mit der Belegung für die Zuger Messe. Doch bei diesem Anlass ist wiederum nicht klar, wie die Verbindung zum Stierenmarktareal funktionieren soll.

Stichwort Stierenmarktareal: In der Zwischenzeit hat sich auch dessen Zukunft und diejenige der dort stattfindenden Veranstaltungen verdüstert. Jedenfalls lassen der Zonenplanentwurf und das bereits vorliegende neue Stadtmodell kaum eine andere Interpretation zu. Auch die danebenliegende Oeschwiese dürfte einer baldigen Überbauung weichen. Überbauungen auf beiden Seiten des Stierenmarkts wären das sichere Aus für die dortigen Veranstaltungen, längerfristig auch für die alten Holzstallungen. Diese sind für Zug West aber mindestens ebenso wichtig und identitätsstiftend wie der EVZ. Umso wichtiger wäre der Erhalt des Bosshardareals als Manövriermasse und Ausweichmöglichkeit statt eines Verkaufs zwecks Mitfinanzierung von zehn VIP-Lounges im neuen Stadion.

### Höhere Kosten als ursprünglich ausgewiesen

Als letztes, nicht zu vernachlässigendes Detail haben sich auch die Kosten weiter konkretisiert, sprich massiv erhöht. Das ganze Projekt wird extrem teuer und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen dem gewählten Modell der Public-Private-Partnership, die auf dem beschränkten Raum ein zu grosses



Umstritten: Das geplante Eisstadion Herti mit Scheibenhaus und Überbauung Bosshardareal.

Bauvolumen bedingt, was wiederum massive Folgekosten nach sich zieht. Als Kosten werden jetzt 63 Millionen ausgewiesen. Bei einer fünfjährigen Bauzeit ist rein teuerungsbedingt mit einer Schlussabrechnung von um die 70 Millionen zu rechnen. Hinzu kommt ein neu zu erstellender sowie ein zu verschiebender Kreisell, weil die Erschliessung neu zu regeln ist und weil das Scheibenhaus sonst zu nahe an der Strasse stände: das heisst zusätzlich 3,5 Millionen. Hinzu kommen 2 Millionen für die Umwandlung eines Natur- in einen Kunstrasenplatz, wobei es Stimmen gibt, die davon sprechen, das sei nur ein halber Ersatz.

Hinzu kommt nochmals eine gute Million für die Ausquartierung der Armbrustschützen, der Asylanten, des Türkenvereins auf dem Bosshardareal.

Wir kommen also auf Gesamtkosten von 75 bis 80 Millionen Franken. Abzüglich 35 Millionen für den Verkauf des städtischen Tafelsilbers an den privaten Investor verbleiben der Stadt über 40 Millionen Franken für ein Stadion mit allen erwähnten Nachteilen.

#### **Reiche Stadt, armseelige Ausgabenpolitik**

Zug ist zweifellos eine reiche Stadt. Dennoch ist es nicht egal, für was das Geld ausgegeben wird. Wenn die Stadt Zug jedoch ohne ZFA-Belastung und ohne Millioneninvestition ins Stadion aus Kostengründen keine Velostation erstellt und den Veloverleih nicht mehr unterstützt, ebenfalls aus Kostengründen auf die Teilnahme am Schulversuch ‚Basisstufe‘, sowie auf die Einmietung eines Quartierkindergartens

im Feldhof als auch den Bau eines Oberstufenschulhaus in der Herti verzichtet – dann kann eine derartige Verschleuderung von Steuergeldern und städtischem Boden all denjenigen nicht egal sein, die eine blosser Ankurbelung des Baugewerbes nicht zu den Hauptaufgaben der öffentlichen Hand zählen.

#### **Besseres Stadionprojekt gefordert**

Für einen Teil der Fraktion Alternative-CSP im GGR haben nach gründlicher Erwägung die hohen Kosten und die städtebaulichen Nachteile des vorliegenden Projekts den Ausschlag gegeben, den Baukredit abzulehnen und dennoch einen Stadionneubau zu befürworten. Das hiesse einfach ein neues, funktionales Stadion und ein saniertes Auseneisfeld zu erstellen, aber ohne Kreisellverschiebung, ohne Hüttenabriss, ohne Scheibenhochhausbau, ohne Überbauung des Fussballfelds und des Bosshardareals. Das müsste auch bei gehobenen Ansprüchen und schwierigem Baugrund für 40 Millionen zu haben sein.

Zum Vergleich: Der jüngste Stadionneubau in der Schweiz war 2002 in Basel, wo innert neun Monaten (!) für 25 (!) Millionen ein Stadion mit 6'400 Sitzplätzen gebaut wurde. Die Kostenbeteiligung der Stadt war übrigens weniger als fünf Millionen, der Rest kam vom Bund, von beiden Basler Halbkantonen, vom Elektrizitätswerk, von der Stadiengenossenschaft sowie über Fremdfinanzierung (<http://www.baselunited.ch>).

#### **Schlechtem Geld kein gutes nachwerfen**

Wer jetzt den bereits ausgegebenen Projektierungskosten nachtrauert, trauert mit Recht – Basel hat für soviel Geld ein ganzes Stadion erhalten. Er hat aber nicht Recht, wenn er fordert, jetzt müsse unbedingt auch gebaut werden. Man soll schlechtem Geld kein gutes nachwerfen. ■

# Luzern – Kanton der zwei Gesichter

Michael Töngi, CO-Präsident Grüne Luzern, Kriens | Bild Grüne Luzern

## 6 Politisieren in einem zweigeteilten Raum. Für die Grünen Luzern eine besondere Herausforderung. Die sie annehmen und immer wieder neu meistern.

Eigentlich ist es fast nicht möglich, die Luzerner Politik zu beschreiben – man muss in diesem Kanton zwei verschiedene politische Räume unterscheiden. Während die Stadt Luzern eine Mitte-Regierung mit dem grünen Ruedi Meier kennt, gibt es daneben im Kanton noch Agglomerationsgemeinden, wo die links-grünen Kräfte eine respektable Stärke von bis zu 30 Prozent erreichen. Doch auf der Luzerner Landschaft sind die Verhältnisse ganz anders: Richtung Beromünster oder rund um den Napf beträgt der Stimmenanteil der Linken noch so um die fünf Prozent... Immerhin: Seit 1983 ist der Anteil der Linken bei den kantonalen Wahlen kontinuierlich von 15 Prozent auf 18 Prozent angestiegen. Geht es so weiter, wird die Linke im Kanton im Jahr 2226 die absolute Mehrheit erringen – das macht einem fast zum Anhänger der Wiedergeburtstheorie.

### Starker Start im Jahr 1987

Das fecht die Luzerner Grünen mit kleinen Durchhängern durchaus nicht an. Sie sind sich's gewohnt und können auch in ihrer Geschichte auf grössere Erfolge zurückblicken. Ins Schwärmen geraten sie jeweils, wenn man die Kamera auf die Zeit der Gründung zurückblendet. Es war das Jahr 1987, die Progressiven Organisationen Luzern setzten sich mit anderen Organisationen und vielen Parteilosen zusammen und wollten ausbrechen: Ideologien abschütteln, zum Teil wortlaut und etwas bauchig, und eine grüne Bewegung gründen, die fernab von der «technokratischen Weltsicht» und «Männerherrschaft» sich auf neue Werte besann. Das entstand aus einer Unrast gegenüber verknöcherten Strukturen und einer engen und

miefigen Politikultur, die aus einem Gemenge von katholischem Konservatismus und einem erstarrten Liberalismus bestand. Wie das neu gegründete Grüne Bündnis den Nerv der Zeit traf, zeigte sich am durchschlagenden Wahlerfolg: Bei den Grossratswahlen 1987 übertrafen die Grünen die SP – was hierzulande zwar kein absolutes Wunder ist, aber es waren doch mehr als acht Prozent. Erfolge erzielten die Grünen damals insbesondere auch auf der Landschaft, wo sie die ersten linken Grossratsmandate überhaupt holten.

### Die Grünen und die Landschaft

Nach dem Aufbruch folgte eine Konsolidierungsphase, der Beitritt zur schweizerischen GPS 1990 und ein kontinuierliches Fussfassen in den Gremien und Behörden in und um Luzern – und dazu 1991 der grüne Nationalratssitz mit Cécile Bühlmann. Im vorletzten Jahr rutschte Louis Schelbert nach und wurde diesen Herbst glanzvoll wiedergewählt.

Gleichzeitig brachten die langen 90er Jahre aber auch Verluste, vor allem auf der Landschaft, wo das Grüne Bündnis eng mit lokalen Umweltgruppen kooperierte. Ein Grund war die Strategie der SP, Ortssektion um Ortssektion zu gründen. Dies grub oftmals lokalen Umweltgruppierungen das Wasser ab, mit denen die Grünen zusammengearbeitet hatten. In vielen Gemeinden hatte es nicht für beides Platz. Die Grünen haben diese Entwicklung verschlafen. Mittlerweile sind sie erwacht: In Willisau existiert seit längerem eine aktive Ortsgruppe, Sursee ist dieses Jahr wieder hinzugekommen und auch im Entlebuch werden Grü-

ne aktiv. Wir können darauf hoffen, dass die Grünen weiter wachsen.

Der Gegensatz zwischen Stadt und Landschaft beschäftigt die Grünen aber nicht nur auf Grund ihrer parteipolitischen Strukturen. Es ist ein Gegensatz, der wie gesagt die Politik des Kantons Luzern prägt. In zwei Fragen kommt er besonders zum Ausdruck: Soll das Zentrum Luzern gestärkt werden? Und: Welche Entwicklungen sollen auf der Landschaft von Seiten der Politik in Gang gebracht werden?

### Wer will zur Stadt Luzern?

Luzern und Littau werden in Kürze fusionieren, die Abstimmungen in den beiden Gemeinden ergaben knappe, aber doch eindeutige Ja-Mehrheiten. Luzerns Ziel ist eine Stärkung des Zentrums, und gewünscht sind weitere Fusionen. Die Meinungen dazu sind in den umliegenden Agglomerationsgemeinden recht unterschiedlich – auch unter den Grünen. Während die städtischen Grünen und die Emmer mit klaren Mehrheiten für weitere Fusionen sind, besteht in Kriens Skepsis, in Horw ziemlich offene Ablehnung.

Die Diskussion dreht sich einerseits um die Frage, ob die Agglo als eine einzige Gemeinde nicht viele grüne Kernanliegen besser lösen könnte, wie beim öffentlichen Verkehr, beim Sozialwesen oder auch für die externe Kinderbetreuung. Logisch, dass eine Fusion dieses Problem auf einen Schlag lösen täte, diskutiert wird aber unter den Grünen, ob es nicht andere Lösungsansätze gibt, wie etwa die Zusammenfassung aller Zweckverbände in einem oder einer regionalen staatlichen Ebene, welche mit Regierung und Parlament die regionalen Themen in ihre Obhut nimmt.

Weit gehen die Meinungen bei der zweiten Frage hinsichtlich Fusionen



Das Wahlplakat der Grünen Luzern beschäftigt sich auch mit dem Gegensatz Stadt und Landschaft.

auseinander: der Identität und der Demokratiefrage. Unbestritten ist, dass die heutige Agglomeration Luzern stark zusammengewachsen ist. Unklar ist die Schlussfolgerung: Die einen sehen die heutigen Gemeinden weiterhin als Bezugsgrößen für politische Fragen und in einem gewissen Sinne auch als Identitätsraum. Wer würde sich in einer viel grösseren Gemeinde noch für den Krienser Dorfplatz oder die Gestaltung der Horwer Dorfstrasse interessieren? Will man Leute miteinbeziehen, so sind Entscheide möglichst vor Ort wichtig, lautet das Fazit dieser Denkgruppe.

Andere wiederum sehen gerade in einer grösseren Gemeinde einen Demokratiegewinn. Die Stadtluzerner Bevölkerung fällt heute Entscheidungen – wie etwa über ein neues Fussballstadion, neue Verkehrsführungen in Luzern bis hin zum KKL – die die ganze Agglomeration betreffen. Viele KrienserInnen würden lieber über diese Fragen mitentscheiden als über die lokale Wasserversorgung – um ein Beispiel zu nennen. In diesem Spannungsfeld

suchen die Grünen ihre Meinung – mit einem breiten Spektrum, aber einem deutlich anderen Fokus als die bürgerlichen Parteien, die hauptsächlich über Steuerfüsse und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes diskutieren.

#### Die grüne Wirtschaftspartei

In der Frage der Regionalpolitik haben die Grünen im letzten Frühling mit der Regierungsratskandidatur von Rosa Rumi einen Schwerpunkt gelegt. Als Politfrau aus dem Amt Willisau hat sie der regierungsrätlichen Wirtschafts- und Regionalförderungspolitik die Stirn geboten. Diese richtet sich alleine auf das heute bereits starke Wirtschafts-Ypsilon von Luzern Richtung Zug und Richtung Zofingen aus. Die anderen Regionen werden von der Entwicklung abgehängt.

Den Grünen ist dies nicht egal, deshalb haben sie sich auch dagegen gewehrt, dass die Kantonsschule in Beromünster oder das Spital in Wolhusen geschlossen werden – sie bringen und halten Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen. Die

Schliessungen kamen nicht zu Stande, weil eine grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht mitmachen wollte. Allerdings: Geht es um innovative Weiterentwicklungen in den Regionen, ist nicht überall gleich viel Engagement vorhanden. Während das Entlebuch mit dem Biosphärenreservat einen grossen Schritt in die Zukunft machte und vom Regionplanungsverband RegioHer (Hinterland, Entlebuch, Rottal) einige Impulse kommen, setzen viele Gemeinden auf althergebrachte Strategien: Gewerbezonieren vergrössern, neue Schnellstrassen.

Die Grünen haben im Frühling mit Beispielen aufzuzeigen versucht, dass gerade im Bereich der neuen erneuerbaren Energien einiges drin liegen würde, etwa nach dem Beispiel der österreichischen Vorzeigeregion Güssing. Die Idee interessierte, wie auch eine gut besuchte Podiumsdiskussion zeigte – an der auch die Alternative Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard die Zuger Sicht darlegte. Klar ist: Die Grünen werden an diesem Thema ganz besonders dran bleiben. ■

# «In 10 Jahren sind wir soweit!»

Interview Martin Stuber, geführt am 5.12.2007 in Cham | Illustrationen BULLETIN und Komax

8 **Klimawandel und Peak Oil – bald auch Peak Gas und Peak Coal – machen die Suche nach alternativen Primärenergieträgern zu einer Überlebensfrage für die Menschheit. Die Sonne ist «unser» Primärenergieträger. Welchen Stellenwert die Photovoltaik oder kurz PV bei dessen Nutzung einnimmt, beleuchten wir im Interview mit dem Insider Claudio Meisser\*.**

\* Claudio Meisser, 62, dipl.El.Ing.ETH, ist bei der börsenkotierten Komax Gruppe für R&D und Technologie zuständig (CTO). Seit Jahrzehnten ist er in der Energieberatung und Umweltpolitik aktiv, Präsident der Energiekommission Cham und Mitglied der CVP.

**BULLETIN:** Der Solarenergie gehört die Zukunft – teilst Du diese Meinung?

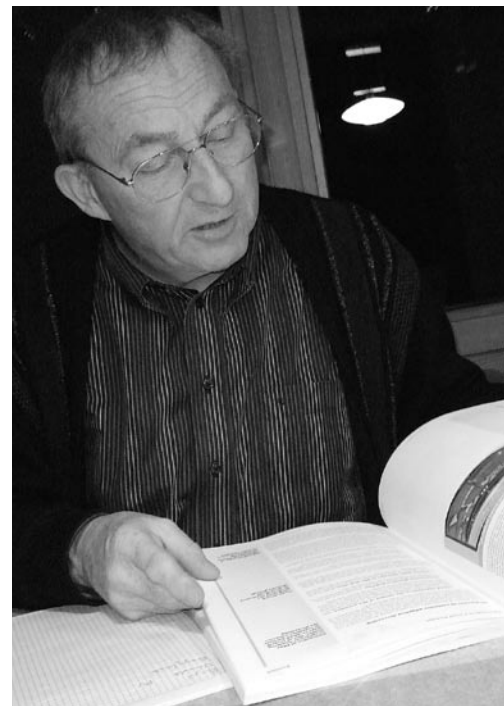
**Claudio Meisser:** Jein. Die Zukunft gehört zuerst einmal der Energieeffizienz. Energiesparen durch höhere Effizienz bedeutet, dass man trotz weniger Energie in einer wärmeren Wohnung sitzen kann oder bereits heute mit fünf Liter Benzin in einem luxuriösen Auto 100 km fahren kann. Die Verbesserung der Energienutzung weist mit Abstand das grösste Potential zur Limitierung unsere Klimaerwärmung auf, und ist mindestens so wichtig wie das Fördern von erneuerbaren Energieträgern. Eigentlich ist es zweitrangig, mit was ich heize – entscheidend ist, dass das Haus optimal isoliert ist. Hier muss nichts erfunden werden – es muss einfach gemacht werden! Auch eine Wärmepumpen-Heizung nützt wenig, wenn die Energie infolge schlechter Wärmedämmung oder Durchzug verpufft.

Doch mit Energiesparen allein kann man den Energiehunger bevölkerungsreicher Entwicklungsländer auch nicht stillen. Wenn die fossilen Energieträger und das Uran unerschwinglich geworden sind, die schnellen Brüter und die Fusionsreaktoren noch immer unter schlechtem oder negativem Energiepayback leiden und die Klimaveränderung uns noch Zeit lässt, dann bleibt uns nur noch die unerschöpfliche und risikolose Sonnenenergienutzung. Warum also nicht heute beginnen?

**BULLETIN:** Komax ist seit wenigen Jahren auch in der Photovoltaik – einer nicht ganz neuen Form der Sonnenenergienutzung – tätig. Photovoltaikprojekte gehören zu Deinem Alltag. Kannst Du die verschiedenen Formen der Sonnenenergienutzung kurz erläutern und die PV einordnen?

**Claudio Meisser:** Sonnenenergie kann man auf verschiedenste Arten nutzen. Drei sind besonders wichtig: Man kann mit Sonnenkollektoren Wasser erwärmen, die Sonneneinstrahlung direkt mit sogenannten Solarzellen oder Solarmodulen in hochwertige, elektrische Energie umwandeln (PV) oder die Sonnenenergie mit Windturbinen nutzen.

Die Solarthermie – alle Arten von Sonnenkollektoren zur Erwärmung von Wasser – ist ausgereift und konkurrenziert in Neubauten auch ohne Subventionen das Öl und den «konventionellen» Strom. In nebelarmen Gebieten wird der «rechnende Bauherr» für die Brauchwarmwasserversorgung in seinem Haus vorzugsweise Sonnenkollektoren einsetzen. Sehr gut isolierte Bauten (Minergie und Minergie P) können heute auch in kalten Winterphasen fast vollständig mit Sonnenenergie beheizt werden. Aus Effizienzgründen ist die passive Nutzung (über die Fenster eingestrahlte Sonnenenergie) der aktiven Nutzung (Solarkollektoren mit grossen Heizwasserspeichern) vorzuziehen.



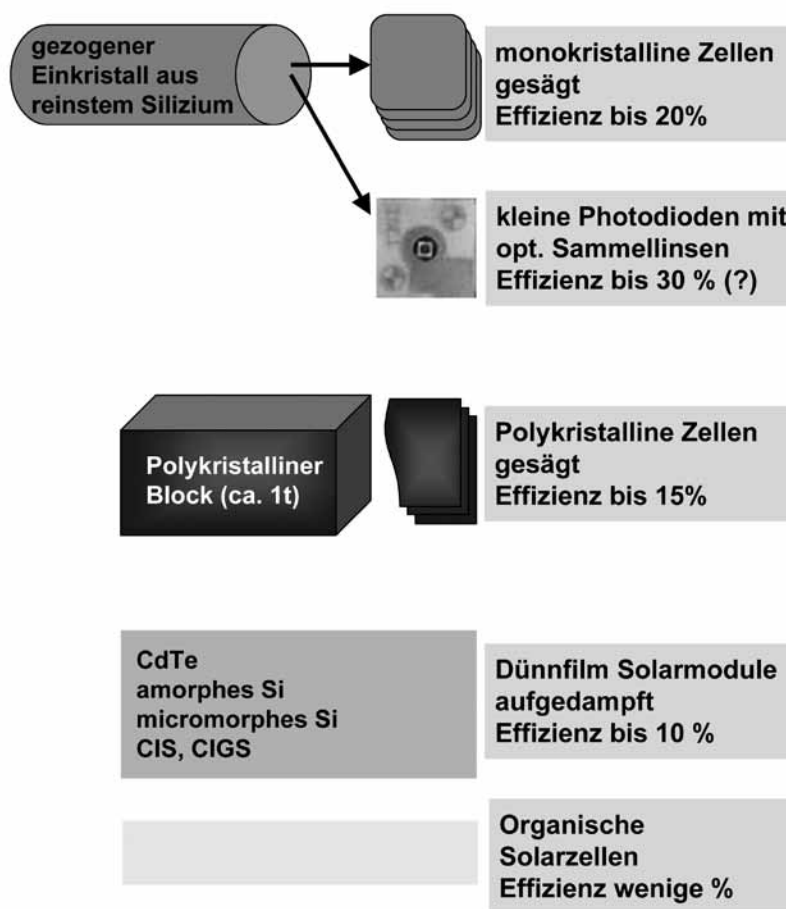
«Ich bin überzeugt, dass wir die Gridparität in zehn Jahren erreicht haben – dann hebt die unerschöpfliche Solarenergie definitiv und unwiderruflich ab!»

Photovoltaik – kurz PV – erzeugt über grossflächige Photodioden aus Sonnenlicht direkt Strom. Der Gleichstrom dieser Halbleiter wird mittels ein- oder dreiphasigen Frequenzumrichtern in Wechselstrom von 50 Hz umgeformt und ins öffentliche Netz zurückgespielen. Bei der PV bewegt sich also kein Wasser und kein Generator. Bis heute wurde die PV vor allem im Inselbetrieb ohne Netzkopplung eingesetzt und Weltraumstationen, SAC-Hütten oder abgelegene Dörfer in Entwicklungsländern mit Strom versorgt. Netzgekoppelte PV-Anlagen sind noch nicht konkurrenzfähig und müssen subventioniert werden.

Auch Windenergie ist Sonnenenergie. Die Sonneneinstrahlung hat primär



## Übersicht Technologien für Solarzellen



9

thermische Aufwinde zur Folge (Segelfliegen) und bewirkt in einer unendlich langen Wirkungskette riesige Hoch- und Tiefdruckgebiete. Dieser Druckunterschied speichert gewaltige Energiemengen, die mit Windturbinen in elektrische Energie umgeformt werden können. Nachdem die Windenergie während Jahrzehnten mit Zuverlässigkeitsproblemen gekämpft hat (Wechselbeanspruchung und Probleme mit mechanischen Getrieben) konkurriert sie heute in Küstenregionen oder auf dem offenen Meer (offshore) erfolgreich mit der konventionellen Stromerzeugung. Windturbinen sind vorderhand die effizienteste Art, Sonnenenergie in hochwertigen Strom umzuformen und wurden vor allem in Deutschland und Dänemark staatlich gefördert.

**BULLETIN:** Und wann wird die Photovoltaik konkurrenzfähig?

**Claudio Meisser:** Um diese Frage zu beantworten, muss man mehrere Arten der Photovoltaik unterscheiden: kristalline Solarzellen (mono- und polykristalline), Dünnschichtmodule und längerfristig organische Solarzellen (siehe Darstellung).

Kristalline- oder «konventionelle»-Solarzellen machen heute zwischen 90 – 95 Prozent der weltweit installierten PV-Leistung aus, produzieren aber trotzdem weniger als 0.5 Prozent des weltweiten Strombedarfes. Die etwa 200 Mikrometer dicken Solarzellen (z.B. 156 x 156 mm) haben eine Energieausbeute von bis zu 20 Prozent. Sie können also bei voller Sonneneinstrahlung (entspricht 1000 W/ m<sup>2</sup>) etwa 150 Watt pro m<sup>2</sup> ins elektrische Netz zurückspeisen. Diese Technologie ist weitgehend ausgereift, eine Lebensdauer von 20 oder 25 Jahren wird von den Herstellern garantiert. Bis in zwei Jahren dürfte mehr als die Hälfte dieser Solarzellen aus China resp. Taiwan kommen. Dünnschichtmodule weisen vorder-

hand eine geringere Effizienz (z.B. nur 10 Prozent) auf. Da die Herstellenergie und der Materialeinsatz deutlich geringer sind und die Module direkt auf m<sup>2</sup> grossen Glasplatten hergestellt werden können, könnte diese Technologie die kristalline Technik in einigen Jahren stark bedrängen.

Die Entwicklung der organischen Solarzellen steckt immer noch in den Anfängen und wird sich ihren Platz an der Sonne hart erobern müssen.

Eine weitere Form der solaren Stromerzeugung gehört nicht zur

eigentlichen Photovoltaik: Mit Parabolspiegeln oder mit riesigen, nachgeführten Spiegelfeldern wird das Sonnenlicht soweit konzentriert, dass Wasser unter hohem Druck verdampft und mittels grosser Turbinen Strom erzeugt werden kann. Solche Anlagen stehen u.a. in Arizona und eignen sich vorderhand nicht für unser Klima.

**BULLETIN:** Ist denn der Solarstrom in China und Taiwan konkurrenzfähig?

**Claudio Meisser:** Ganz im Gegenteil. China und Taiwan sind reine Exporteure und haben praktisch

Die energieeffizienteste Technologie ist das Dünnschicht-Solarmodul.

keinen Inlandmarkt. Chinesische Module sind aber billiger als europäische, weil die Herstellung von Solarmodulen aus Solarzellen vorderhand noch manuell erfolgen kann. Doch nun zurück zum konkurrenzfähigen Solarstrom: Um Gridparität zu erreichen, müsste in Europa der PV Strom (heute etwa 0.6 CHF pro kWh) etwa drei – vier mal billiger werden. Gridparität (Grid = Stromnetz) bedeutet, dass der PV Strom an der Steckdose des Konsumenten mit dem konventionellen Strom konkurrieren kann. Dieser Faktor kann durch CO<sub>2</sub>-Belastungen und höhere Kosten bei der Endlagerung des atomaren Abfalls reduziert werden.

Sollte Strom aus Sonnenenergie einmal beachtliche Anteile des schweizerischen Stromkonsums ausmachen, ist die Schweiz mit ihren Speicherseen in einer vorzüglichen Lage...

**BULLETIN:** Und dann ist da noch die Frage nach dem Gesamtwirkungsgrad, dem energy return on energy investment...

**Claudio Meisser:** ...der richtige Begriff heisst „energy payback“. Diese Zahl liegt heute in guten Fällen über zehn, in schlechten vielleicht bei fünf und bedeutet, dass die PV Anlage während ihrer Lebensdauer und unter Berücksichtigung der grauen Energie nur fünf oder zehn mal mehr Energie produziert, als für deren Herstellung (Solarzellen oder Modul, Frequenzrichter, Installation...) notwendig war.

**BULLETIN:** Kein berauschender Wert!

**Claudio Meisser:** Verbilligung durch Massenproduktion (man spricht in Fachkreisen von Gigawatt-Fabriken zur Produktion von Solarmodulen) und neue Technologien (eben z.B. Dünnschicht) können diesen Faktor deutlich verbes-

sern (> 20). Mit Dünnschichtmodulen kann der Materialeinsatz (z.B. reinstes Silizium) um den Faktor 100 reduziert werden! Dünnschichtmodule können zukünftig südlich orientierte Glasflächen (Fenster) in solare Generatoren (und steuerbare Beschattungseinrichtungen) umfunktionieren. Die Dünnschichtprozesse beinhalten allerdings noch viel «Alchemie» und müssen in Sachen Effizienz und Langlebigkeit noch Fortschritte machen. Ich bin aber überzeugt, dass wir die Gridparität in 10 Jahren erreicht haben.

**BULLETIN:** Vorausgesetzt, dass der PV-Motor mit Subventionen solange beatmet werden kann?

**Claudio Meisser:** Genau. Ohne das geht es einfach nicht. Nach einem sehr guten Start in den 90er Jahren bildet die Schweiz in Sachen PV-Installationen seit einigen Jahren infolge fehlender Fördermittel das europäische Schlusslicht. Erst nach langem Hick-Hack wurde 2007 vom Parlament eine kostendeckende Einspeisevergütung (wie sie in Deutschland schon längst und mit grossem Erfolg praktiziert wird) beschlossen. Unsere Einspeisevergütung soll durch die Belastung von 0.6 Rp. für jede konsumierte kWh finanziert werden. Vorderhand sind aber nur 5 Prozent von jährlich etwa 320 Mio CHF für die PV reserviert. Dieser 16 Mio-Topf dürfte rasch geleert werden und in kurzer Zeit zu einer schädlichen «Stop and Go»-Förderpolitik führen.

**BULLETIN:** Gibt es in der Schweiz eine PV-Grundlagenforschung?

**Claudio Meisser:** Und ob. Zentrale Grundlagen zur Herstellung amorpher Dünnschichtmodule wurden vor vielen Jahren in der Schweiz, insbesondere durch Prof. Shah an der Uni Neuenburg, entwickelt. Interessanterweise hat sich in der

Schweiz auch eine beachtliche PV-Industrie in Form von Anlagenherstellern entwickelt. Hier ist beispielsweise die OC Oerlikon zu erwähnen, welche mit plasmaunterstützten Vakuumaufdampfungen die Dünnschichttechnologie der Uni Neuenburg kommerzialisiert. Zwei weitere Schweizer Firmen kontrollieren praktisch konkurrenzlos das Zersägen der Siliziumblöcke (Firma Meyer & Burger Zug/Steffisburg und die kürzlich von Applied Materials gekaufte HCT im Waadtland).

**BULLETIN:** Und was macht die Komax im PV-Bereich?

**Claudio Meisser:** Unsere im Jahr 2000 übernommene Tochter Komax Systems in York PA baut Maschinen zur Verlötlung von kristallinen Solarzellen (Stringer) sowie Anlagen für das automatische Layout der verlöteten Solarzellenstrings auf der Glasplatte des zukünftigen Solarmoduls (Layout). Das Verlöten der Strings erfolgt entweder mittels anspruchsvoller Infrarot- oder Induktiv-Technik.

Unsere Amerikaner konzentrieren sich also auf standardisierte Maschinen für die kristalline Modulfertigung, währenddem Komax Systems in Rotkreuz vorderhand noch kundenspezifische Anlagen für das Kontaktieren und Verarbeiten von Dünnschichtmodulen entwickelt und baut. Komax will mittelfristig auch zum Anbieter ganzer Modulfertigungslinien werden.

Längerfristig wollen (müssen) wir uns auch im fernöstlichen PV-Markt etablieren, um dem Preisdruck dieser Industrie standzuhalten. Preisdruck ist der beste Motor, um Gridparität zu erreichen!

**BULLETIN:** Claudio, Danke für das «energieeffiziente» Gespräch. ■

# Freude herrscht!

Bilder Adelina Odermatt

Lachende und strahlende Gesichter am Wahlfest der Alternativen: Die glänzende Wiederwahl von Jo Lang in den Nationalrat und die starke Wahlkampagne der beiden alternativen Listen wird gebührend gefeiert und verdankt.

11



# (Fast) alles beim Alten

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustrationen BULLETIN

12

**Die drei bisherigen Nationalräte wurden klar bestätigt. Und doch bleibt nicht alles beim Alten, wie die folgende Analyse der Zuger Nationalratswahlen zeigt.**

Mit dem zweitbesten persönlichen Resultat von knapp 9000 Stimmen schaffte Jo Lang die Wiederwahl problemlos. Die Strategie der Bürgerlichen, volles Rohr auf ihn zu schiessen und dies oft unter der Gürtellinie, wurde zum Rohrkrepiere.

## Traumresultat für Lang

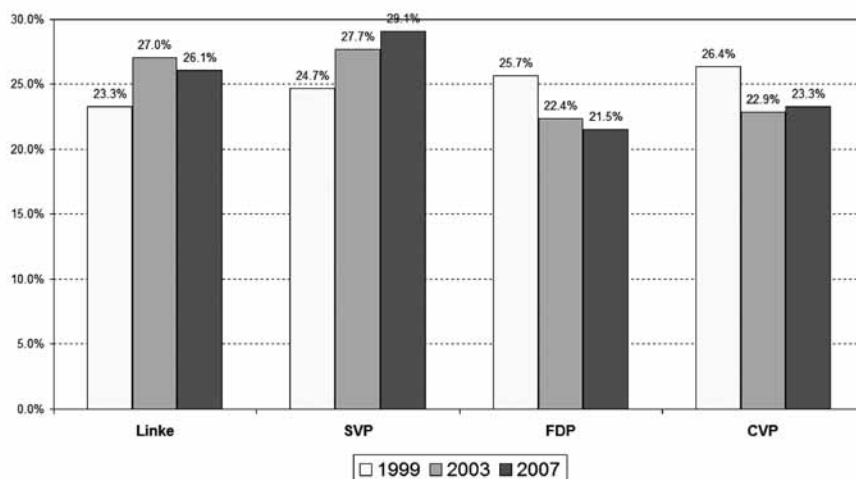
Der eindruckliche Leistungsausweis von Lang, sein konsequenter Einsatz für soziale und ökologische Anliegen, sein Engagement für eine wirksame Friedenspolitik der Eidgenossenschaft und das Einstehen für ein anderes Zug sorgte für dieses Traumresultat. Die linke Wählerschaft wollte Lang unbedingt in Bern oben behalten! In den drei Städten des Kantons und in Steinhausen hat Lang denn auch mehr Stimmen als alle anderen gemacht, in Zug steht er mit riesigem Abstand zu seinen beiden Hauptwidersachern an der Spitze.

Sein gutes persönliches Resultat ist noch bemerkenswerter, wenn in Rechnung gestellt wird, dass er im linken Verbund insgesamt 11 «KonkurrentInnen» hatte, während es bei Scherer acht und bei Pfister nur fünf waren. 2003 schaffte Lang die Wahl dank der hohen Zahl an Panaschierstimmen auf der SP-Liste. Die Analyse der Anzahl Wahlzettel zeigt, dass 2007 auf der Linken 5'836 WählerInnen eine der beiden alternativen Listen eingeworfen haben gegenüber 3086 SP-Listen. 2003 nahmen 4878 WählerInnen die SP-Liste und 4134 die alternative Liste zur Hand. Das zeigt, dass Lang die linke Wahllokomotive war.

## Traumresultat für die Alternativen

Dank dieser Wahllokomotive und sicher auch dank «Genossin Trend»,

Anteile Parteistimmen Nationalratswahlen.



welche für Aufwind bei den Grünen sorgte, machten die Alternativen in allen Talgemeinden Resultate, die teilweise erheblich über den jeweiligen Wahlanteilen bei kantonalen Wahlen lagen. Besonders erfreulich sind die sehr guten Resultate in Cham und Hünenberg, obwohl niemand aus diesen Gemeinden kandidierte.

## Linke insgesamt nicht stärker

Triumphalismus ist aber fehl am Platz, wie die Grafik auf Seite 12 zeigt. Zwar konnte die Linke gegenüber den Wahlen von 2006 wieder etwas zulegen, aber sowohl bei Parteistimmen wie auch bei Listenstimmen konnte das Resultat von 2003 nicht erreicht werden. In absoluten Zahlen blieb das linke Elektorat auf dem gleichen Niveau, aber die Stimmbeteiligung lag 2007 höher als 2003.

## Blocher-Wahl

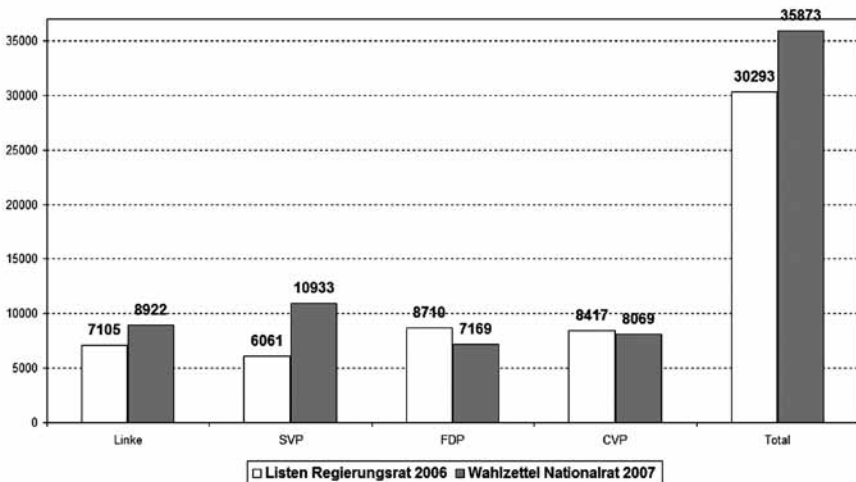
Beim Nationalratsproporz zählt jede persönliche Stimme als Parteistimme, im Gegensatz zum in Zug sonst

üblichen Listenproporz, wo nur die Liste zählt. Es ist deshalb anzunehmen, dass die ZugerInnen auch beim Nationalrat in erster Linie die Liste wählen.

Wie sehr diese Wahl auf der Rechten eine Blocher-Wahl gewesen ist, zeigt ein Vergleich der Wahlzettel mit den Listenstimmen bei den Regierungsratswahlen 2006 mit den Nationalratswahlen 2007. Fast 11'000 Wählende haben eine der drei SVP-Nationalratslisten genommen, während die SVP beim Regierungsrat ein Jahr vorher nur 6000 Listenstimmen machte. Ein kleinerer Teil kam von der FDP, der Rest dürften zusätzliche Wählende gewesen sein, wie das Diagramm auf Seite 13 gut zeigt. Auch die Linke konnte in diesem Herbst besser mobilisieren als bei den kantonalen Wahlen. 2003 war der Blocher-Effekt kleiner: Die Differenz von RR 2002 und NRW 2003 betrug bei der SVP 3000 Stimmen.

Die bessere Mobilisierung des linken und rechten Elektorates widerspie-

Listen Regierungsrat 2006 und Wahlzettel Nationalrat 2007.



gelt sich in der Stimmbeteiligung, die im Herbst bei 53.7% lag, während sie vor einem Jahr nur 45.1% betrug. Im Kanton Zug ist das Kalkül der nationalen SVP-Wahlstrategen aufgegangen.

**FDP für immer weg vom Fenster?**

Die Niederlage der FDP ist aus mehreren Gründen wegweisend. Trotz enormem Mitteleinsatz, geographisch breit abgestützten Listen und einem vielversprechenden Quereinsteiger verlor sie nochmals ein Prozent gegenüber 2003, als sie mit

einem Verlust von 3.3% einbrach und das NR-Mandat an die Linke verlor. Die Nähe zur SVP hat zwar einige Panaschierstimmen von der SVP gebracht, aber auch viele liberale WählerInnen abgeschreckt. Der Vergleich zu den Wahlen 2006 zeigt dies deutlich.

Die CVP kann sich halten, die SVP ist auf und davon und die Linke ausserhalb der Reichweite – die FDP wird das Nationalratsmandat für lange Zeit vergessen können. Umso mehr, als keine glaubwürdige Figur

am Horizont sichtbar ist, welche die FDP weg von der SVP zu alter Stärke führen kann. Zürich weist wohl den Weg...

Bitter dürfte das Resultat für die Spitzenkandidatin Andrea Hodel sein. Mit einem schwachen FDP-Resultat in ihrer Heimatgemeinde und FDP-Hochburg Zug sogar von Kleeb geschlagen, sind die Ambitionen von Hodel massiv gestutzt. Das FDP-Resultat bietet für die Linke einen Trost: Geld regiert die Zuger Welt nicht völlig.

**Panaschierstatistik**

Auch die Panaschierstatistik bestätigt den Blocher-Effekt. Die SVP hat relativ viel Panaschierstimmen vor allem an die FDP und etwas an die CVP abgegeben. In der Gesamtbilanz gingen über 3000 potentielle SVP-Stimmen an andere Parteien. Der Eindruck trügt wohl nicht, dass die SVP irgend jemanden aufstellen kann – solange Blocher die Wahlen dominiert, gehen ihre WählerInnen an die Urne.■

**Eine tolle Kampagne**

«So long, Jo Lang»: Mit diesem Spruch brachte anfangs Januar 2007 der FDP-Wahlkampfleiter den Plan der FDP auf den Punkt: Jo Lang muss weg, und die FDP will um jeden Preis den 2003 verlorenen Sitz zurückholen. Entsprechend führte die FDP dann auch den Wahlkampf und zielte voll auf den Mann. Was dazu führte, dass sie sich weder inhaltlich noch im Stil wesentlich von der SVP unterschied.

Die FDP kam lediglich auf einen Wähleranteil von 21.5%. Damit waren die beiden FDP-Listen weit weg sogar von einem Restmandat, das an die CVP ging. Die Linke jedoch erreichte 26.1% und damit ein klares Vollmandat. Besonders erfreulich war, dass die Alternati-

ve mit ihren 17% die stärkste grüne Kantonalpartei schweizweit ist und Jo bei den persönlichen Stimmen vor Marcel Scherer lag. Dies alles wäre nicht möglich gewesen ohne die Listenverbindung mit der SP, ohne die beiden starken Listen der Alternativen und ohne die aktive Wahlkampagne, die noch nie so viele Alternative wie dieses Jahr unterstützten. Es war eine Kampagne, die sich nicht auf das Verteilen eines Give-away beschränkte, sondern auf Gespräche mit unzähligen Bürgerinnen und Bürgern setzte. Dies gelang vor allem auch mit den drei aktuellen Initiativen, für die wir sammelten:

- für ein gesundes Klima
- gegen die Offroadler
- für den Schutz vor Waffengewalt.

Oder anders gesagt: Inhalte zählen, schaffen Profil und vor allem Begegnungen mit potentiellen Wählerinnen und Wählern, denen von uns Alternativen etwas konkret Fassbares in Erinnerung bleibt. Und als wir anfangs Oktober an einem Donnerstagabend in knapp zwei Stunden rund um den Zuger Bahnhof fast 700 Sonnenblumen verteilten, waren viele Reaktionen überwältigend: Griesgrämige Menschen blühten richtig auf, als sie eine Sonnenblume von uns Grünen bekamen. Kohärente Inhalte und ein gutes Symbol – beides zusammen macht nicht nur eine gute Wahlkampagne, sondern wohl auch eine nachhaltige Politik aus. Eine gute Perspektive für 2008!  
*Hanspeter Uster, Leiter der Alternativen Wahlkampagne*



# Handel Ja - aber mit Menschenrechten

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild Maria Roth-Bernasconi

14

**Mitte November weilte Jo Lang in Mexiko. Im Rahmen einer Delegation aus der Schweiz orientierte er sich dort über die Friedensfrage und prüfte die Menschenrechtssituation in den Krisengebieten von Oaxaca und Chiapas.**

Anlässlich des nächsten World Economic Forum (WEF) werden sich der mexikanische Präsident Felipe Calderon und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Davos treffen. Kurz darauf reist die Wirtschaftsministerin Doris Leuthard mit einer Delegation nach Mexiko. Hintergrund dieser Aktivitäten ist die Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Mexiko. Die Schweiz ist schon heute der siebtgrösste Handelspartner Mexikos. Allerdings wickelt das lateinamerikanische Land, das von sich selbst sagt, so weit von Gott und so nah bei der USA zu sein, 90 Prozent des Handels mit seinem nördlichen Nachbarn ab.

## Spannende Delegation

Um dafür zu sorgen, dass nicht nur die kommerziellen, sondern auch die menschlichen Beziehungen zwischen Mexiko und der Schweiz intensiviert werden, besuchte ich Mitte November im Rahmen einer kleinen Delegation Mexiko City, Oaxaca und Chiapas. Der Delegation gehörten weiter die Genfer SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi, der Aargauer Nationalrat Ueli Siegrist (Präsident von Brot für alle) und Roland Trauffer, Generalvikar des Bistums Basel, an. Geleitet wurde die Reise von Tildy Hanhart, Mitarbeiterin der Evangelischen Hilfswerke der Schweiz (HEKS).

Die organisatorische und finanzielle Trägerschaft lag im Friedensförderungsprogramm Propaz, das nach dem Zapatistenaufruf vom 1. Januar 1994 von HEKS, Caritas, Fastenopfer und unter dem Patronat der Schweizer Bischofskonferenz, des Evangelischen Kirchenbundes und von Brot für alle gegründeten

worden war. Neben der Friedensfrage interessierten uns vor allem die Menschenrechte. Deren Respektierung ist bekanntlich die Grundlage menschlicher Beziehungen. Die «internationalen Menschenrechte» bilden zwar einen Punkt innerhalb des «politischen Dialogs», welche die Schweiz mit Mexiko seit kurzem unterhält. Aber «international» meint die ganze Welt, ausser die beiden Länder selber.

## Schweizer Bekenntnis zu Menschenrechten erwartet

Bei unserem Treffen vor der Abreise mit einem Vertreter des EDA wie auch bei den drei Treffen mit dem Schweizer Botschafter in Mexiko bekamen wir den Eindruck, dass die Schweiz alles unterlassen will, was die Handelsbeziehungen beeinträchtigen könnte. Kein Mitglied unserer Delegation stellte die Intensivierung des Wirtschaftsaustausches in Frage, auch weil wir es sinnvoll finden, dass Mexiko von den USA unabhängiger wird. Aber alle wurden wir auf der Reise in der Haltung bestärkt, dass die Schweiz den mexikanischen Menschen eine klarere Haltung in der Menschenrechtsfrage schuldet.

## Tote und Verschwundene in Oaxaca

Die Menschenrechtssituation ist vor allem in den beiden südlichen Krisengebieten, die wir besuchten, in Oaxaca und in Chiapas, viel prekärer, als sie von den der offiziellen Schweiz und erst recht vom offiziellen Mexiko dargestellt wird. In Oaxaca brachte die Polizei letztes Jahr 24 Mitglieder einer Volksbewegung um. Hunderte weilten, ohne jemals einem Richter vorgeführt zu werden, monatelang im Gefängnis. Viele Aktivistinnen und Akti-

visten, vor allem Indigenas, bleiben verschwunden.

An einem Treffen mit dem Komitee der Angehörigen von Gefangenen und Verschwundenen erzählte uns Florina Jimenez, wie ihr Mann im August 2006 während eines friedlichen Marsches erschossen wurde. José Jimenez Colmenares, der sich als unpolitischer Mensch verstand, war aus Solidarität für seine Frau, einer Lehrerin, auf die Strasse gegangen. Florina erzählte, wie die Behörden versuchten, zuerst den Tod ihres Mannes als Folge einer Auseinandersetzung von Betrunknen darzustellen und sie dann mit einer Entschädigung ohne Untersuchung zum Schweigen zu bringen.

Beatriz Castaneda Sosa und ihre Tochter Frida berichteten vom Schicksal ihres Mannes und Vaters, der als Aktivist der Volksbewegung seit einem Jahr im Gefängnis sitzt und dort des Drogenhandels beschuldigt wird. Früher unterschob die Polizei verhafteten Oppositionellen häufig Waffen. Seitdem der Krieg gegen die Drogen forciert wird, ist es Heroin. Am Tag unserer Abreise wurde der Schwager von Beatriz aus dem Gefängnis entlassen. Das ist ein gutes Omen für Beatriz Castanedas Mann. Offensichtlich ist dieser Schritt eine Folge unseres Besuches.

Bis heute wurde in Oaxaca kein einziger Polizist, Soldat oder Paramilitär für die unverhältnismässigen Einsätze, für die Entführungen und anderen Menschenrechtsverletzungen bestraft. Der Indioführer Aldo Gonzalez, den wir in den Tempelanlagen seiner zapotekischen Vorfahren auf dem Monte Alban trafen, berichtete uns, dass ein US-amerikanischer Journalist ihm kürzlich Armee-Dokumente zeigte, die ihn als Mitglied einer Guerillaorganisation darstellten. Damit sind seine Freiheit, seine Gesundheit und sein Leben gefähr-



Die Delegation in Mexiko: Tildy Harnatt (HEKS), Roland-Bernard Trauffer (Bischöfskonferenz), Ueli Siegrist (alt Nationalrat), Maria Roth-Bernasconi (SP Nationalrätin) und Josef Lang.

det. Das Treffen mit einer schweizerischen Parlamentsdelegation hatte auch die Funktion, ihn besser zu schützen.

Nachdem wir am gleichen Tag den Mixteke-Indio und Vertreter der in Oaxaca starken Befreiungstheologie Pater Manuel Arias Montes und die Aufstandsführerin und ehemalige Nonne Estela Rios Ganzalez getroffen hatten, waren wir Gäste beim neuen Erzbischof von Oaxaca. José Luis Botello ist der klassische Vertreter einer Obrigkeitkirche, die Arme, die sich auflehnen, als Verführte betrachtet und die indianische Religiosität für unreif hält.

#### Beim Bischof und bei den Zapatisten

Ganz anders verhält sich die Kirchenleitung in Chiapas, wo wir den legendären, inzwischen emeritierten Bischof Samuel Ruiz, den Generalvikar des heutigen Bischofs Pater Joel Padron, dessen Mitarbeiterin, Schwester Maria Luisa Hernandez, alle aus San Cristobal de las Casas, oder aus Acteal den Je-

suitenpater Pedro Arriaga und dessen Mitarbeiterin, Schwester Estela Hernandez, trafen. In ihrer Begleitung befand sich ein psychisch stark angeschlagener Indio namens Manuel, der beim Massaker vom 22. Dezember 1997 fünf Geschwister, seine Eltern, seine Grossmutter und einen Onkel verloren hatte. Damals hatten 200 Paramilitärs, die offensichtlich in behördlichem Auftrag handelten, während eines Gottesdienstes die Gemeinde überfallen und 45 Mitglieder der pazifistischen Bewegung «Abejas» (Bienen) umgebracht.

Die mörderische Aktion galt der progressiv-katholischen Bewegung von Bischof Samuel Ruiz. Die Mitglieder der Menschenrechtskommission der Abejas, die 2001 den Menschenrechtspreis der französischen Nationalversammlung erhielt, erzählten uns, dass bis heute trotz einer erdrückenden Beweislage kein Organisator des Massakers vor Gericht gestellt wurde. Allerdings beteuerten uns einen

Tag später im Regierungsgebäude von Tuxtla, Hauptort von Chiapas, sowohl die neue Vizeinnenministerin des Staates, Blanca Ruth Esponda, wie auch der Stabschef des neu gewählten Gouverneurs, Cesar Chavez Castillo, dass jetzt auch die «intellektuellen Autoren» bestraft werden sollen.

#### Besuch mit positiver Wirkung

Wie ernst die Regierung von Chiapas unseren Besuch nahm, zeigte sich im 12köpfigen Aufmarsch der Verwaltungsspitze. Die zwei konkreten Erfolge unseres Besuches zeigen, wie viel die Schweiz zugunsten der Menschenrechte erreichen kann, wenn sie bereit ist, das Primat der Ökonomie ein klein wenig zu relativieren. Wie schrill ist doch die Menschenrechtsrhetorik, wenn es darum geht, für die Schweizer Armee im Ausland neue Aufgaben zu beschaffen. Und wie still ist sie, wenn es darum geht, für das Schweizer Kapital im Ausland neue Aufträge zu sichern. ■

# Ein Boom mit Schattenseiten

Stephan Suhner, Fachstellenleiter der ASK | Bilder Internet

16

**Agrotreibstoffe sind ein Modethema. Viel und kontrovers wird über die Umweltbilanz und die Folgen für die Ernährungssicherheit der Menschen geschrieben. Dieser Artikel soll die Rolle der Schweiz und der bei angesiedelten Unternehmen bei der Entwicklung der «Bio»-Treibstoffe erhellen.**

Die Agrotreibstoffe haben in den letzten drei Jahren eine exponentielle Entwicklung erfahren, gefördert einerseits durch die Angst vor dem Klimawandel und dem Versiegen der Erdölquellen, andererseits durch steuerliche Anreize, Subventionen und gesetzliche Beimischungsvorgaben. Die meisten Agrotreibstoffe wären ohne Anreize nicht rentabel, werden so aber zur Goldgrube für junge Biotreibstoffunternehmen und etablierte transnationale Konzerne.

In Deutschland entstand rund um kleine und mittelständische Biodieselproduzenten ein kleiner Börsenboom. Weltweit gesehen sind es aber Giganten des Öl- und Energiebereichs und des Agrobusinesses, die sich das Geschäft sichern. Erdölkonzerne wie BP und Shell investieren in die Forschung und Produktion von Agrotreibstoffen der zweiten und dritten Generation basierend auf neuen Verfahren der Zellulosevergasung oder der Umwandlung mittels Enzymen. BP ging dazu eine Allianz mit DuPont ein, Shell mit dem Deutschen Pionier Choren. Damit sichern sich die Ölmultis die «Ölquellen» von Morgen und hängen sich ein grünes Mäntelchen um.

## Syngenta profitiert

Konzerne des Agrobusinesses wie Monsanto, Bunge, Cargill, Bayer, ADM verzeichnen stark steigende Gewinnraten, da für die Produktion von Agrotreibstoffen neues Saatgut mit spezifischen Technologiepaketen entwickelt wurden und der Agrarsektor im Moment historische Höchstpreise verzeichnet.

Die Strategie des Schweizer Konzerns Syngenta ist exemplarisch für

das Agrobusiness. Syngenta setzt für ihr zukünftiges Wachstum stark auf Agrotreibstoffe und forscht dazu intensiv an speziellen Mais-, Raps- und Zuckerrübensorten. In Kolumbien, aber auch in Indien und Afrika wird eine tropische Zuckerrübe getestet, die bei einem dreimal kleineren Wasserverbrauch und einer nur fünfmonatigen Wachstumsphase ähnliche Erträge liefert wie Zuckerrohr. Es handelt sich jedoch um eine Pflanze für die industrielle Landwirtschaft, die Kleinbauern werden auch da einmal mehr leer ausgehen.

Dank Forschungspartnerschaften mit der Queensland University of Technology in Australien und mit der Diversa Corporation ist Syngenta führend in der Forschung mit Enzymen zur Ethanolproduktion aus Zellulose. Syngenta ist es als erstem Konzern gelungen, im Mais direkt ein für die Ethanolherstellung notwendiges Enzym einzubauen, und hat als erstes Unternehmen die Erlaubnis der US Food and Drug Administration für breite Feldversuche erhalten. Der nächste Schritt wäre der Einbau von Enzymen, die nicht nur Stärke/Zucker, sondern auch die Zellulose umwandeln und so die ganze Pflanze der Ethanolproduktion zugänglich machen würden.

Dank dem Agrotreibstoffboom hofft Syngenta auch auf den endgültigen Durchbruch ihrer Gentechsorten, und der unbekümmerte Chemieeinsatz beim Anbau von Energiepflanzen lässt die Kassen ebenfalls schön klingeln. Syngenta steuert dieses Jahr auf einen Rekordumsatz und eine Gewinnsteigerung von etwa 15 Prozent zu. In Brasilien geriet Syngenta jedoch negativ in die Schlag-

zeilen, als ein Landloser von privaten Wächtern erschossen wurde, als die Kleinbauern das Versuchsgelände des Basler Multis besetzten.

## Wo steht die Schweiz?

Im Vergleich zu Deutschland und den USA ist die Verwendung von Agrotreibstoffen in der Schweiz noch sehr bescheiden. Ab Mitte 2008 werden aber Agrotreibstoffe höchstwahrscheinlich steuerbefreit, was die Entwicklung beschleunigen dürfte. Zur Erreichung ihrer Kyoto-Verpflichtungen setzt die Schweiz nämlich ebenfalls auf Agrotreibstoffe.

Als Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisation beobachtet die ASK allfällige Importe aus der Dritten Welt aber sehr kritisch. Die bisherigen Arbeiten an der Verordnung zur Steuerbefreiung geben noch keinerlei Garantie, dass nur Agrotreibstoffe steuerlich befreit werden, die nebst einer positiven Umweltbilanz auch unter Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte produziert wurden.

Schon heute sind in der Schweiz aber verschiedene grössere und kleinere Unternehmen mit der Produktion und dem Handel von Agrotreibstoffen beschäftigt. Es gibt eine bescheidene inländische Produktion von Biodiesel aus Raps und ein Ethanolprogramm von Alcosuisse. Zudem sind aber viele Handelshäuser im Bereich Agrotreibstoffe tätig – im steuergünstigen Zug, aber auch in Zürich.

Die Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien ASK hat am 21. November 2007 eine Kampagne gegen Agrotreibstoffe lanciert. Weitere Informationen unter: [www.agrotreibstoffe.ch](http://www.agrotreibstoffe.ch) <http://www.askonline.ch/themen/agrotreibstoffe.html>



### Zuger Firmen mischen mit

Auf dem Rohstoffhandelsplatz Zug tummeln sich Firmen wie Fortune Management, Formatron Trading, GATE Financial Services oder die Firma Biopetrol Industries AG. Biopetrol produziert in Deutschland, hat den Sitz aber im steuergünstigen Zug. Die 63 Mitarbeiter produzieren rund 150'000 Tonnen Biodiesel, planen aber per Ende 2007 an drei Standorten (Schwarzheide, Rostock und Rotterdam) eine Produktion von 750'000 Tonnen Biodiesel. Damit würde Biopetrol zu einem der fünf grössten Biodieselhersteller in Europa werden.

### Raps-Diesel ist umweltschädlich

Biopetrol produziert mit Rapsöl und gibt sich zuversichtlich bezüglich der Verfügbarkeit dieses Rohstoffes: Deutschland habe noch weitere Kapazitäten für den Rapsanbau, und in Ost- und Mitteleuropa gebe es grosse Flächen für den Rapsanbau. Zudem steigen die Importe von Pflanzenölen, und Biopetrol könne jederzeit auf Palm- oder Sojaöl umstellen. Für Biopetrol ist Biodiesel der wichtigste nachwachsende Treibstoff, und er sei praktisch unbegrenzt verfügbar, solange die Sonne scheine.

In ihrer Werbung spricht die Biopetrol AG davon, dass Biodiesel aus Raps keine Umweltschäden hervorrufe und 2,2 kg CO<sub>2</sub> pro Liter einspare. Die vielzitierte EMPA-Studie widerspricht dieser Einschätzung klar: Biodiesel aus Raps hat eine schlechte Energie- und Umweltbilanz. So hat Biodiesel aus Raps nur eine geringe Einsparung von Treibhausgasen zur Folge, und neuere Studien gehen von noch schlechteren Zahlen aus, z.B. die Studie von Paul Crutzen zu Stickoxiden beim Rapsanbau. Gegenüber fossilem Diesel hat Biodiesel aus Raps eine etwa doppelt so hohe Umweltgesamtbelastung, z.B. durch die Versauerung der Böden und durch Überdüngung. Zudem spricht



Landwirtschaft der Zukunft?

man in gewissen Gegenden Deutschlands schon von einer Verrapsung oder Vermaischung der Landschaft, Anbauflächen werden also knapp.

### Zugs Glencore profitiert ebenfalls

Ein «Zuger» Unternehmen profitiert aber ganz besonders von dieser Rohstoffverknappung und dem Preisboom bei Energie und Agrargütern: unsere alte Bekannte, die Glencore AG. Sie ist stark im Erdölhandel, bei Kohle, verschiedenen Basismetallen und auch bei Getreide und Ölsaaten. Ebenso hat sie Interesse an Agrotreibstoffen, obwohl darüber nicht sehr viel bekannt ist. Glencore ist aber seit längerem beim Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl Mitglied, wie auch verschiedene andere Energiekonzerne und Rohstoffhandelsunternehmen.

Seit 2007 ist Glencore über ihren US-Sitz in Stamford, Connecticut, auch Mitglied beim US National Biodiesel Board. Grossbritannien plant in Wilton ein grosses Ethanolwerk auf der Basis von Weizen. Die Fabrik der Firma Ensus braucht 1,2 Mio. Tonnen Weizen pro Jahr. Glencore Grain wird den ganzen Bedarf liefern, und zwar sowohl durch lo-



kale Produzenten als auch allenfalls durch Importe, je nach Preisen. In Argentinien wurde vor wenigen Wochen eine der grössten Biodieselherstellungsanlagen eröffnet, mit einer Jahresproduktion von 240'000 Tonnen. Die Anlage in San Lorenzo wurde von Renova, einer Tochter von Oleaginosa Moreno (Oleaginosa Moreno Hnos SA oder OMHSA gehört zu 100% Glencore) und von der Gruppe Vicentin errichtet. ■

# Lang und Locher

Grünspecht - ein kritischer Vogel

**18 Die Wahlen sind vorbei, das Ergebnis in Kurzform: Die Alternativen erzielen mit 17 Prozent ein Rekordergebnis. Die CVP legt leicht zu, die FDP nähert sich kontinuierlich der 20 Prozent-Marke von oben her und die SP stürzt auf knapp 10 Prozent ab. Die SVP erreicht gut 29 Prozent. Dank Locher und den weissen Schafen.**

Als ich in diesem Herbst über das Land flog, waren sie unübersehbar – die vielen weissen Schafe auf den grünen Wiesen mitsamt ihrem steinreichen Oberhirten vom Zürichsee. Ich habe mich während des Fluges oft gefragt, was denn die Faszination ausmacht, dass sich so viele Schafe in dieser organisierten Herde heimisch fühlen.

## Elemente des Rechtspopulismus

Da ist einmal das «Wir»-Gefühl, das an jeder Versammlung mit heimatlichen Klängen und Symbolen zelebriert wird. Die Rechtspopulisten geben vor, allein das Volk zu vertreten. Wir SVPLer gegen die bösen anderen – wahlweise Ausländer, soziale Minderheiten, emanzipierte Frauen, kritische Intellektuelle und Liberale, die Gerichte, die EU in Brüssel, die Politiker in Bern und (in Zug) ganz sicher Josef Lang und die Alternativen.

Die Herde hält zusammen, je stärker ihnen der Hirte die Mär von den bösen Wölfen rundherum erzählen kann. Die wenigsten Schafe haben den Durchblick nach aussen, sie vertrauen ihrem Oberhirten. Und das ist das zweite Element des Rechtspopulismus: die charismatische Führungspersönlichkeit, die alle Eigenschaften des Volksempfindens in einer Person zusammenfasst.

Als Drittes hinzu kommt die Opferrolle, die intensiv gepflegt wird. Die ständige Provokation, das permanente Ritzen der Grenzen ist notwendig. Die ungeschickte Reaktion der anderen Parteien erlaubt es der SVP, dann in die Opferrolle zu schlüpfen. So gesehen waren

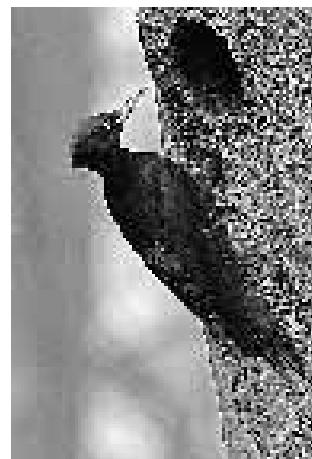
der GPK-Bericht und deren Präsentation zum Thema Bundesanwaltschaft sowie die Ausschreitungen in Bern einen Monat vor den Wahlen die ideale Steilvorlage für die SVP-Wahlstrategen.

Was ist nun die richtige Reaktion gegen diesen Rechtspopulismus? Wie man es nicht machen darf, haben SP und FDP in diesem Herbst vorgeführt: Der fast ausschliessliche Wahlkampf gegen den Hirten führt die SVP-Herde nur enger zusammen und stärkt sie sogar. Und das Zaudern und Lavieren zwischen Anbiederung und Distanzierung hinterlässt nur Unklarheiten bei der Wählerschaft.

Doch was ist zu tun? Es braucht aus meiner Vogelperspektive zwei Dinge – die eigene Themensetzung, die durch glaubwürdige Personen vertreten wird. Und es braucht die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

## Thematische Widersprüche

Jenseits des Heimatgebimmels und des «Buurezmorge» steht SVP für ein stramm neoliberales Programm, zugunsten der reichen Oberschicht und der Grossunternehmen. Weniger Staat und weniger Steuern ist das Credo. Beispiele: Grossaktionäre, die mehr als 10 Prozent eines Unternehmens besitzen, sollen bei der Dividendenbesteuerung entlastet werden; die grosse Mehrheit der Bevölkerung geht leer aus. Oder bei der Krankenkasse – die SVP verspricht mit einer Initiative tiefere Krankenkassenprämien. Das geht aber nur mit einer radikalen Kürzung des Grundleistungskatalogs und führt direkt zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft im Ge-



Der Autor «Grünspecht» ist ein kritischer Vogel.

sundheitswesen. Die Reichen können sich die beste Krankenkasse leisten, die anderen sollen selber schauen, wie sie Arzt und Spital bezahlen können. Oder die Aufbewahrung der Taschenmunition im Zeughaus; diesem Parlamentsentscheid widersetzen sich prominente SVP-Exponenten.

## Eigene Themen

Im Wahlkampf wird gehört, wer mit profilierten Personen eigene Themen setzen kann und bei den Menschen präsent ist. So wie diesen Alternativen und Josef Lang mit den Themen «Klima» und «Schutz vor Waffengewalt» in diesem Herbst gelungen ist. Darum erstaunt es nicht, dass die Leserbriefschreiber aller drei bürgerlichen Parteien immer Josef Lang attackierten. Wer nicht angegriffen wird, geht vergessen – so einfach ist heutzutage die Logik im medialen Wahlkampf. ■

# Warum haben die Zuger Bürgerlichen Angst vor Transparenz?

Anna Lustenberger, Kantonsrätin Alternative Fraktion, Baar

**Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung fordert Transparenz bei Wahlkampagnen und Parteispenden. Anders die Zuger Bürgerlichen – sie haben eine Motion der Alternativen grossmehrheitlich nicht überwiesen und damit die weitere Diskussion verweigert.**

19

Nicht nur Zugerinnen und Zuger äusserten sich besorgt zur Kampagne anlässlich der Nationalratswahlen vom vergangenen Oktober. In der ganzen Schweiz hatten Bürgerinnen und Bürger genug von der aggressiven Plakatwerbung und Inseratenkampagne der SVP. Es war allen klar, dass dies sehr viel Geld kostete. Und viele fragten sich, wer das bezahlte. Auch andere bürgerliche Parteien rührten mit der grossen Kelle an. 2003 gaben Parteien für den Wahlkampf 16 Millionen Franken aus. Dieses Jahr waren es gemäss Werbefachleuten bereits über 50 Millionen Franken, also etwa dreimal mehr.

Die Alternative Fraktion hatte Ende September eine Motion eingereicht mit folgender Forderung: Die Parteien sollen verpflichtet werden, Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel bei Wahlen zu geben. Die Einnahmen sollen in folgende Kategorien aufgeschlüsselt werden: Mitgliederbeiträge, Spenden von Privatpersonen, Spenden von Unternehmen, sonstige Einnahmen. Zudem sollen private Spenden, die einen gewissen Betrag übersteigen (10 000 Franken) separat ausgewiesen werden. Zur Offenlegung der Interessenbindungen gehört auch die Interessenverknüpfung via Finanzen. Denn es ist klar: anonyme Spender und Spenderinnen, die viele Gelder in Kampagnen stecken, erwarten von den Gewählten, dass diese sich später für ihre Interessen einsetzen.

## Vorbild USA und Waadt

Die Motion wurde im Rat nicht

überwiesen. In meinem Votum erwähnte ich die USA, wo jeder Dollar ausgewiesen werden muss. Ich wies auf Umfragen hin, die klar darlegen, dass die Bevölkerung Transparenz über die finanziellen Mittel möchte.

Eric Frischknecht (AF, Hünenberg) zeigte auf, dass die SVP-Kampagne im August 77 Prozent aller politischen Werbung ausmachte. Dahinter folgte die FDP.

Werner Villiger (SVP) bezeichnete unsere Motion als Zwängerei. Andrea Hodel (FDP) fand, alle könnten die GV der Partei besuchen – dort werde das Wahlbudget der Partei offen gelegt. Privatspenden würden, so Andrea Hodel weiter, auch mit einem neuen Paragraphen im Wahl- und Abstimmungsgesetz niemand erfahren. Thomas Lötscher (FDP) meinte gar, Transparenz würde Private davon abhalten, für den Wahlkampf zu spenden. Was – wie der Blick in die USA zeigt – nicht stimmt. Kurz gesagt: Von Transparenz halten die Bürgerlichen nichts!

## SVP gibt am meisten aus

Das Thema darf jedoch mit der Nichtüberweisung auf keinen Fall ad acta gelegt werden. In der Waadt hat das Parlament im Gegensatz zum Kanton Zug eine ähnliche Motion an die Regierung überwiesen. Diese fordert nicht nur Transparenz sondern auch noch eine Begrenzung der finanziellen Mittel für Wahl- und Abstimmungskampagnen. Das Unternehmen Media Focus, welches seit 20 Jahren Werbekampagnen untersucht, meldete,

dass nur noch Coop, Migros, Swisscom und l'Oréal im Monat September mehr für Werbung ausgegeben habe als die SVP.

## Gefahr für die Demokratie

Das Wettrüsten im Wahlkampf muss aufhören. Dafür gibt es ein paar ganz einfache Gründe: Kandidierende gelangen in eine Abhängigkeit von Interessengruppen und finanziell starken Geldgebern. Je mehr Geld eingesetzt wird, desto mehr wird nur noch eine Kampagne mit Schlagwörtern gemacht. Das Niveau des Wahlkampfes sinkt (schwarzes Schaf lässt grüssen), es finden immer weniger Debatten zu Sachgeschäften statt. Eine Überflutung mit Prospekten und anderem führt zu Überdruss mit sinkender Stimmbeteiligung.

Nicht mehr die besseren Ideen siegen, sondern die Partei mit dem grössten Budget. Das ist antiliberal. Es ist klar, ohne Geld kann eine Demokratie nicht funktionieren – aber Geld aus geheimen Quellen ist eine Gefahr für die Demokratie. Die Debatte über eine mögliche Initiative, welche die Offenlegung oder gar eine Obergrenze der Finanzen für Kampagnen verlangt, muss weitergeführt werden. Ich bin überzeugt, damit hätte die Linke das Ohr näher beim Volk als die Zuger Bürgerlichen. ■

*ps: Die Alternativen legen ihre Wahlkosten jeweils im Jahresbericht offen.*

# Ich zahle gerne Steuern

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative und Mitglied Staatswirtschaftskommission

20

**Dumpingsteuern machen Arme ärmer sowie Reiche reicher. Doch die Zuger Regierung will Grossaktionären und Millionären Steuergeschenke um 25,4 Millionen Franken machen. Die Alternativen werden Mitte 2008 zusammen mit anderen das Referendum ergreifen. Zumal es wahrscheinlich ist, dass der Kantonsrat mit weiteren Steuergeschenken das einseitigste und massloseste Zuger Steuerpaket aller Zeiten schnürt**

Die Gemeinde, der Kanton, der Bund ... das sind keine undurchsichtige, eigennützige Steuerabzocker. Der Staat - das sind die Menschen in der Schweiz. Demokratisch und transparent entscheiden wir, welche Leistungen Gemeinde, Kanton und Bund erbringen. **Ich zahle gerne Steuern.** Für mein Geld erhalte ich Schulen, Gesundheitsversorgung, Bahn und Bus, soziale Sicherheit, Umweltschutz und vieles mehr.

Auch Unternehmen und Reiche profitieren vom Staat – beispielsweise durch gute Infrastruktur oder Rechtsstaatlichkeit. Umso kurzsichtiger ist die Tiefststeuerpolitik sowie das Sparen beim Service public wie sie SVP, FDP und Teile der CVP vorantreiben. Kann der Staat seine Aufgaben nicht mehr erfüllen, ist der Lebens- und Wirtschaftsstandort Schweiz gefährdet.

**Widmer-Schlumpf für Steuervernunft**  
Das Steuerdumping einzelner Kantone, angeführt von Zug, kritisierte die vormalige Bündner Finanzdirektorin und frisch gewählte SVP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf klar: «Jeder Wettbewerb hat Grenzen. Es darf nicht sein, dass sich Kantone gegenseitig karnibalisieren. ... Wenn die Differenz zwischen den Steuersätzen zu gross wird, befürchte ich eine Auflösung des Zusammenhalts zwischen den Kantonen und in der Bevölkerung. Das ist eine Gefahr für Föderalismus und Demokratie.»

**Zuger Steuergeschenk-Orgie**  
Gemäss Bundesverfassung bezahlen alle aufgrund ihrer wirtschaft-

lichen Leistungsfähigkeit Steuern. Doch die Statistik des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD zeigt auf: Die Reichsten bezahlen in der Schweiz gemessen an ihren Möglichkeiten immer weniger und werden auch im Verhältnis zu Wohn- und Lebenskosten immer weniger belastet. Und gerade zugunsten von Millionären, Grossaktionären, Holdings und anderweitig Privilegierten reiht der Kanton Zug Steuersenkung an Steuersenkung. Nach 2002, 2006 soll 2008 die nächste Revision abgeseget werden (siehe Kasten). Und 2011 ist die nächste geplant.

**Zunehmend ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen**  
Wenn es den Reichsten und den Firmen gut gehe, wachse Zug und dann gehe es allen gut ... behaupten Zugs neoliberale Ideologen.

*Falsch!* In Zug hat der so erzeugte Wachstumswahnsinn hohe Wohn- und Lebenskosten für die Mehrheit der Bevölkerung sowie die Zubetonierung der Grünflächen zur Folge. Mit der Staatsaufgabenreform STAR sollen jährlich 30 Millionen eingespart werden – vor allem im Sozialen, bei Gesundheit, Umweltschutz und Bildung. Es ist absurd, dass angesichts der geplanten Strassen sowie der Siedlungsausdehnung ab 2008 bei der Umwelt jährlich eine halbe Million Franken eingespart wird, namentlich bei der Luftreinhaltung und bei ökologischen Regenerationsmassnahmen. Bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien sollen langfristig 8,4 Millionen eingespart werden. Ein wirk-

lich peinliches Armutszeugnis für den reichsten Kanton der Schweiz ist zudem die geplante Streichung der „Zuger Pass“-Verbilligung für Blinde.

*Falsch!* Sagt auch eine im Dezember 2007 veröffentlichte UBS-Studie. Sie sagt, dass die Früchte des Wachstums bisher einseitig Kapitaleignern zugute gekommen ist. In Kontinentaleuropa ist der prozentuale Anteil der Löhne am Bruttoinlandprodukt in den letzten 20 Jahren von 66 auf 55 Prozent zurückgegangen. In der Schweiz ist der reale Medianlohn von 1998 bis 2006 um 1,4 Prozent gesunken. Die UBS warnt sogar vor der Gefahr von einem politischen Linksruck aufgrund von Lohn- und Geldverteilungsungerechtigkeiten.

**Weniger Geld für Büezer**  
Auch die neueste Lohnumfrage des Bundes zeigt, dass sich die Situation für die meisten Arbeitnehmer verschlechtert. In den letzten zwei Jahren verteuerten sich die Lebenskosten wie Krankenkassenversicherungen oder Wohnungen. Und so blieb teuerungsbereinigt 0,2 Prozent weniger im Portemonnaie der Konsumenten – trotz hohem Wirtschaftswachstum.

Auch den Zuger Verwaltungsangestellten geht es gleich. Seit über 15 Jahren gabs keine Reallohnerhöhung mehr. Sie mussten einen Rentenabbau hinnehmen. Und die Besoldung der gemeindlichen Lehrpersonen wird ab 2008 um jährlich über eine halbe Million gekürzt.

**Mehr Lohn für Topmanager**  
Deutlich zulegen konnten gemäss Lohnumfrage im 2006 - wie in den Vorjahren - die Topmanager. Im Schnitt stiegen ihre Gehälter um 5,3 Prozent auf 21'500 Franken im Monat, in der Finanzbranche gar um über 20 Prozent auf 40'000 Franken. Damit hat sich die Lohn-

Zurzeit wird die Vorlage der Regierung in der dafür gewählten kantonsrätlichen Kommission beraten. Folgende Steuersenkungen sind vorgesehen:

**Senkung Vermögenssteuern für nat. Personen mit Vermögen über 600'000 Franken:** Steuergeschenke von 20 Mio. Fr. zu Lasten von Kanton und Gemeinden.

**Senkung Vermögenssteuern nat. Pers. durch Erhöhung des Freibetrags auf 100'000 Fr:** 1,9 Mio. Fr. (Kt. + Gem.)

**Erhöhung Sozialabzug pro Kind:** 1,8 Mio. Fr. (Kt. + Gem.)

**Erhöhung Reineinkommensgrenze Mietzinsabzug auf 70'000 Fr:** 2,2 Mio. Fr. (Kt. + Gem.)

**Senkung bei der angeblichen Doppelbesteuerung von Aktionären** (Gewinne: Rabatt von 50 statt 30 % / Aktienvermögen: Rabatt von 40 statt 30%): 5,4 Mio. Fr. (Kt. und Gem.).

Die Alternativen lehnen diese Steuergeschenke vor allem zugunsten von Grossaktionären und Millionären von 25,4 Millionen Franken ab. Die Entlastung von Mittelstand und Familien um 5,9 Mio. ist zu gering und nicht nachhaltig. Zu befürchten ist, dass FDP, SVP und Teile der CVP weitere Steuergeschenke für Firmen durchsetzen.

schere zwischen den obersten und den untersten 10 Prozent der Löhne in der Schweiz weiter geöffnet.

#### Reiche werden reicher

Das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ legte im November 2007 offen, dass der Wert des Vermögens der 300 Reichsten Schweizer mit 529 Milliarden Franken um 74 Milliarden höher lag als im Vorjahr. Eine Randnotiz: Jeder achte Milliardär lebt in der Schweiz. Und Zug hat die höchste Millionärsquote in der Schweiz.

Auch der HSG-Wirtschaftsprofessor Keuschnigg belegt in einer Studie für das EFD, dass durch Steuersenkungen erzeugtes Wachstum immer eine bereits vermögende Minderheit privilegiert und die Schere zwischen arm und reich aufgehen lässt. Auch das Marktforschungs-

institut GfK Geomarketing zeigt in einer Erhebung Ende 2007, dass die Kaufkraft europaweit und gerade auch in der Schweiz in Steueroasen nicht hoch ist. Die Stadt Zug liegt in der Schweiz auf Rang 108, die von der Regierung immer wieder benannten Wollerau oder Freienbach auf Rang 187 bzw. 349.

#### Neoliberale Ideologie statt nachhaltige Wirtschaftspolitik

Was also steckt hinter der Zuger Steuersenkungsideologie der beiden bürgerlichen Parteien und der SVP? Sie haben Angst, dass Zug nicht mehr in jedem Steuerbereich zu den Top-Steuerbegünstigten zählt. Denn Finanzdienstleister, Rohstoffhändler oder Superreiche sind scheue Steuerwesen, wandern immer zur günstigsten Steueroase. Zug ist von ihnen abhängig - und mit jeder Steuersenkungsrunde noch erpressbarer. So bezahlen in Zug die 2 Prozent der Vermögendsten 70 Prozent der Vermögenssteuern. Und Zug hat 20 Mal mehr privilegierte Gesellschaften als die übrige Schweiz. So ganz nebenbei profitieren die kantonsrätlichen Steuersenker direkt - verdienen doch einige ihr Geld mit diversen Verwaltungsrats-, Treuhänder- oder Anwaltsmandaten. Zudem ermöglicht ein schwacher Staat mehr Wirtschafts-oligarchie.

Die aktuelle Steuergesetzrevision gründet also auf neoliberaler Ideologie statt auf wirtschaftlicher Notwendigkeit und der intensiveren Pflege von Standortfaktoren wie Bildung, Landschaft, soziale Sicherheit oder gute öffentliche Dienstleistungen. Zug ist gegenüber den echten Standortkonkurrenten bereits heute für Unternehmen der steuergünstigste Ort. Die noch grösseren Steuerdumper wie Bulgarien, Zypern oder Obwalden sind irrelevant. Sogar die Regierung sagt in ihrem Bericht zur Revision, dass zum Beispiel für eine Senkung der **Gewinnsteuern** aus Wettbewerbsgründen keine Notwendigkeit besteht.

Die «Neue Zürcher Zeitung» lehnt die **Milderung der angeblichen Doppelbelastung von Aktionären** ab, da diese keine Wachstumsimpulse bringe und willkürlich einige wenige Steuerzahlende bevorteile.

Bei den **Vermögenssteuern** besteht kein internationaler, sondern primär ein nationaler Wettbewerb. Zug ist für Millionäre der drittgünstigste Kanton und auch im Budget 2008 rechnet die Regierung mit einem Zuwachs der Vermögenssteuern um 10,9 Prozent. So unattraktiv kann Zug also nicht sein. Auch konnte die Regierung auf meine Nachfrage, ihre Behauptung, Reiche zögen von Zug aufgrund der Steuerbelastung weg, nicht belegen.

Mit Steuersenkungen und Sozialabzügen ist gerade in Zug die Mehrheit der Bevölkerung längst nicht mehr entlastbar. Statt Reiche reicher zu machen, wären Familien- und Kinderergänzungsleistungen nützlich. Nützlich wäre die Förderung von zahlbarem Wohnraum – z.B. über die Unterstützung von Baugenossenschaften. Nützlich wären genügend Betreuungsplätze für Kinder.

#### Widerstand der Gemeinden?

Schwer verdaulich sind die regierungsrätlichen oder allfälligen zusätzlichen kantonsrätlichen Steuersenkungen für die Gemeinden. Der Kanton hat ihnen bereits die Einnahmen aus den Grundbuchgebühren weggenommen, lässt sie am NFA mitzahlen und schiebt ihnen mit STAR weitere Kosten zu. Ihr Widerstand wäre verständlich.

#### NFA-Gejammer entlarvt

In Erinnerung rufen möchte ich noch das langandauernde Gejammer über die NFA. Die National- und Ständerate von CVP, FDP und SVP „klönt“ in Bern Mitleid erregend, Zug könne nicht so viel bezahlen ... Und nun verkraftet Zug laut den selben Parteien Steuerausfälle in Millionenhöhe problemlos.

#### St. Andreas als Warnung

Sinnbild für das Zerstörungspotenzials der Zuger Steuer- und Wirtschaftspolitik waren die geplanten Wohntürme im Park St. Andreas. Doch die Bevölkerung opferte diesen nicht der Profitmaximierung zugunsten der Reichsten und der Aussicht, zahlungskräftige Steueroptimierer anzuziehen. Das stimmt zuversichtlich hinsichtlich des Referendums. Denn es geht darum, dass das zügellose Wachstum unsere Lebensqualität nicht zerstört. ■



# Arbeit als Grundbedürfnis

Andreas Bossard, Stadtrat CSP, Zug | Bild Internet

22

**Die Arbeit ist für den Menschen ein unabdingbares Grundbedürfnis. Die meisten Menschen identifizieren sich mit und durch die Arbeit. Zuweilen ist die Arbeit so wichtig, dass jemand ohne Arbeit sein ganzes Selbstbewusstsein verliert. Vorliegender Text entstammt einer Rede des Stadtzuger Stadtrates und Sozialvorstandes Andreas Bossard, anlässlich des Jubiläums des Vereins ProArbeit.**

Vielleicht haben Sie sich auch schon ertappt bei einem ersten Kontakt mit einem unbekanntem Menschen. Sehr schnell wird gefragt: «Was arbeitest du?». Der Beruf interessiert uns meist vor den andern menschlichen Qualitäten. Kürzlich fragte ich bei einer ersten Begegnung mit einer mir unbekanntem Person: Was arbeiten Sie? Die Antwort: Ich bin Vater dreier Kinder! Die Antwort freute und erstaunte mich zugleich. Habe ich doch eine ganz andere erwartet. Ja, wer Kinder hat, weiss welche grosse und wichtige Arbeit die Begleitung von Kindern hinaus ins Leben bedeutet. Ich spürte schon anhand meiner Fragestellung und der von mir erwarteten Antwort: In unserer Gesellschaft gilt die Wertschätzung hauptsächlich der bezahlten Arbeit. Die Arbeit ist bei uns den monetären Strömungen unterworfen, sie ist ökonomisiert. Das heisst, sie ist messbar. Je mehr an einer Arbeit verdient wird, umso eher wird sie geschätzt. Arbeit, die hingegen nicht gemessen werden kann, wird oft nicht als Arbeit erkannt oder aber gering geschätzt.

## Arbeit als Selbstvollzug des Menschen

Arbeit im Gesamten ist jedoch nicht nur die bezahlte Arbeit. Dies ist heute eine Binsenwahrheit. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen: Arbeit gehört in jedem Fall zum Selbstvollzug des Menschen. Dieser Arbeitsvollzug gehört grundlegend zum Menschen, denn der Mensch will und muss immer auch tätig sein. Der Mensch will hier auf Erden etwas verändern. Ohne Arbeit kann er nicht existieren. Arbeit aber ist

nur dann ein wesentlich menschlicher Vollzug, wenn sie aus innerer Freiheit und aus innerer Freude getan werden kann. In diesem Tun will der Mensch letztlich sein Leben, und das seiner Mitmenschen, schöpferisch gestalten. Dies sieht man bereits beim Kind. Das Spiel bedeutet für das Kind ein Tätigsein und ein Arbeiten. Es imitiert die Tätigkeiten der Eltern, die Arbeit von Handwerkern, das Tun der Erwachsenen beim Spiel im Sandhaufen. Spiel, Arbeit und schöpferische Tätigkeiten fliessen also ineinander, wenn es aus dem Kern des Menschen heraus getan wird. Dieser Kern der gelungenen Arbeit ist Vollzug der menschlichen Freiheit. Der Mensch ist im Innersten darauf angelegt, schöpferisch tätig zu sein und seine Freiheit zu vollziehen. Darin liegt seine ganze Würde.

## Balancieren

Der Mensch in seinem Drang, das Leben und die Welt sinnvoll und frei zu gestalten, steht nun in einer Spannung, weil sein Schaffen den ökonomischen Gesetzmässigkeiten unterworfen ist. Er muss messbar produktiv sein und etwas leisten, was mit Geld abgegolten werden kann. Doch wenn der Mensch sein Tun nur ganz einseitig den Wirtschaftsmechanismen unterwerfen würde, wäre er mehr und mehr entfremdet. Würde er seine Tätigkeit im Gegensatz dazu – und dies wäre das andere Extrem – nur nach seinen augenblicklichen, freien inneren Impulsen gestalten, wäre sein Tun für andere kaum nützlich. Er würde nur seine eigene Freiheit zelebrieren, ohne auf Notwendigkeit der Si-

tuation und seiner Mitmenschen zu achten. Die Gesellschaft muss also helfen, dass insgesamt die Balance zwischen verzweckter Arbeit und dem freien, schöpferischen Vollzug bewahrt bleibt. Jeder Mensch bewegt sich zwischen diesen beiden Polen.

Den einen können wir auch den Pol der «ökonomisierten Arbeit» nennen und den andern denjenigen der «zweckfreien Kunst». In der Balance bleiben heisst also darauf achten, dass bei der ökonomisierten Arbeit auch der schöpferische Vollzug gewährleistet ist. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, Einsicht in die Arbeitszusammenhänge und ein Tun, das als sinnvoll erfahren wird. Damit darin jeder Mensch als Mensch behandelt wird, muss er auch Verantwortung übernehmen können, denn nur so wird er in seiner Freiheit und Würde ernst genommen.

## Menschen ohne Arbeit

Wo gehören nun die Menschen ohne Arbeit hin, die so genannten Arbeitslosen? Bewegen sich diese Menschen ausserhalb dieser zwei Pole? Wohl kaum: Die Menschen ohne Arbeit sind zuerst einmal Menschen, die nicht im Bereich der unmittelbar ökonomisierten Arbeit tätig sind. Sie sind trotzdem gesellschaftlich wertvoll und leisten oft in ihrer Kreativität unverzichtbare Beiträge für die Mitmenschen. In der Zeit ohne Arbeit soll daher niemand mutlos werden, resignieren oder gar ins Nichtstun absacken. Die Zeit ohne Lohnarbeit sollte genutzt werden, um die eigene Kreativität zu bewahren. Die schöpferische Freiheit wird gerade besonders in einer solchen Situation herausgefordert. Ziel sollte es in dieser Zeit sein, persönlich weiterzukommen. Früher oder später gilt es selbstverständlich, in den Bereich der ökonomisierten Arbeit zurückzukommen.



Das Schaffen des Menschen ist ökonomischen Gesetzmässigkeiten unterworfen.

### Freiwilligenarbeit

Und dann gilt es jenseits der Arbeitslosenproblematik noch einen ganz andern Gedanken in Erinnerung zu rufen. Unzählige Arbeiten, die getan werden müssen, können gar nicht gemessen und stets monetär abgegolten werden. Es braucht in eigenen Betrieben und auch in festen Anstellungsverhältnissen immer auch einen Einsatz, der nicht einfach bezahlbar ist. Man denke an die unzähligen Bereiche der Freiwilligenarbeit, ohne die eine Gesellschaft gar nicht auskommt. Besonders Frauen leisten in der Freiwilligen-Arbeit immer noch den Löwenanteil.

Wie hängt denn die Arbeit mit der Geschlechterfrage zusammen? Wenn wir zurück blicken, so hat

unsere bürgerliche Gesellschaft bis vor wenigen Jahrzehnten die Arbeit zwischen Frau und Mann wie folgt aufgeteilt: Der Mann war verpflichtet, der ökonomisierten Arbeit, der Lohnarbeit nachzugehen, da er ja als Ernährer galt. Die Frau aber hatte innerhalb der Familie, und darüber hinaus, für die Bereiche zu arbeiten, die eben nicht einfach finanziell messbar waren. Die Pflege der Beziehung und die Erziehung der Kinder im Haushalt seien nur als besondere Beispiele genannt.

Diese Zweiteilung ist über lange Zeit aufgegangen. Aus diesem Grunde hatten der Staat und auch die Kirche diese Struktur der kleinbürgerlichen Familie immer wieder nachhaltig gefördert. Heute sind diese Strukturen am Verfließen. Mann

und Frau verstehen sich in ihren Rollen neu. Aus der klassischen Rollenaufteilung heraus, die noch unbewusst in unseren Köpfen dominiert, wird die Familienarbeit in ihrem Wert jedoch immer noch nicht richtig anerkannt und geschätzt. Auch andere Arbeiten, die von «christlichen Werten» getragen sind, wie Nächstenliebe, Menschlichkeit, die Arbeit mit Kindern oder Arbeit, wo Hilfs- und Pflegebedürftige im Zentrum stehen, werden nach wie vor zu gering geschätzt. Diese äusserst wichtigen Arbeiten werden an den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Schaltstellen nicht wirklich gewürdigt.

### Balance erhalten

Ich denke, wir alle sollten in unserem Denken den «Raster» Arbeit in unseren Köpfen neu definieren. Die drei Formen des menschlichen Tätigseins, die drei Formen der Arbeit, die Lohnarbeit, die Freiwilligenarbeit und die künstlerische Tätigkeit sind insgesamt gleichwertig. Wenn eine dieser drei nicht wäre, würde das ganze Gefüge unserer Gesellschaft aus der Balance geraten oder zumindest stark verarmen. Schauen wir in unserem eigenen Tun und dort, wo wir für andere Verantwortung haben, immer wieder, dass die Balance erhalten bleibt. ■

**ProArbeit** wurde 1993 unter dem Namen ZALT Zuger ArbeitslosenTreff als politisch und konfessionell unabhängiger Verein gegründet, um den Folgen der Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken und wirtschaftliche Integration zu fördern. Das einstmals rein auf Erwerbslose bezogene Angebot wurde laufend den Bedürfnissen der BesucherInnen angepasst und entsprechend ausgebaut. Weitere Informationen unter: [www.proarbeit.ch](http://www.proarbeit.ch)



Büchermail

**Ulla Schiesser, Zug  
Lorenz Gerber, Zug**

*Liebe Ulla*

Umziehen ist ganz schön anstrengend und kann schwierig sein, wenn



man die bekannte Umgebung plötzlich gegen eine fremde austauschen muss. So geht es dem neunjährigen Bruno in **John Boynes Roman Der Junge im gestreiften Pyjama**. Der Vater ist Soldat und wird mit seiner Familie an einen fremden Ort versetzt. Aus der Perspektive des Jungen werden der Umzug und die ersten Tage und Wochen an diesem neuen Ort beschrieben. Geschickt fängt der Autor die bedrückte Stimmung ein, die das Aufwachen eines kleinen Jungen während des Zweiten Weltkriegs begleitet. Bruno versteht vieles nicht, doch dem Leser wird nach und nach klar, dass Unsagbares geschieht, wenn auch ausserhalb von Brunos Wahrnehmung und Fassungsvermögen. Die strenge Reduktion auf die Weltsicht eines Neunjährigen mildert das Grauen und verstärkt es zugleich. Besonders als Bruno hinter dem Haus einen hohen Stacheldrahtzaun entdeckt und dahinter einem anderen Jungen begegnet. Die Nähe, die Bruno von dem Moment an mit diesem

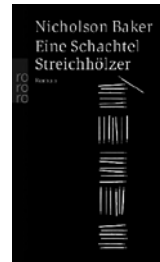
Jungen verbindet, erweckt die Hoffnung, dass Freundschaft alles überwinden kann, Einsamkeit, Krieg und sogar den Tod.

Dass die Atmosphäre eines Ortes viel über seine Bewohner aussagen kann, zeigt auch **Das Haus an der Moschee** von **Kader Abdolah**. Der Roman ist die Geschichte von Agha Djan und seiner Familie, seit Jahrhunderten Wächter der Moschee von Senedjan, einer kleinen Stadt im Iran. Mitte der 70er Jahre beginnt sich im Iran der Widerstand gegen das korrupte Regime des Schahs zu organisieren, nicht zuletzt durch die islamische Geistlichkeit. Agha Djans Moschee wird zu einem Ort des Protests. Mit der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus dem Exil und dem Beginn der Islamischen Revolution überschlagen sich die Ereignisse. Der autobiografisch gefärbte Blick des Autors umreist mit orientalischer Bildsprache die Veränderungen in der iranischen Gesellschaft. Die Protagonisten werden auseinander gerissen, ins



Exil gezwungen, entpuppen sich als fanatische Islamisten oder versuchen sich gegen Verlust und Gewalt zu behaupten. Und trotz aller Wirren, das Haus an der Moschee bleibt der Ort der Zuflucht und des Trostes.

*Lieber Lorenz*  
«Guten Morgen. Es ist Januar und es ist 4.17 Uhr und ich bleibe nun



hier im Dunkeln sitzen...» Emmet, schlafloser «Durchschnittsmensch», entzündet im Roman von **Nicholson Baker** 33 Streichhölzer, immer eines zu Beginn des Kapitels. Er sitzt im Wohnzimmer vor dem Feuer, in den frühesten Morgenstunden, wenn die Nacht sich langsam davonmacht. Die Welt schläft noch, und in dieser vorläufigen Einsamkeit spinnt er bei einer Tasse Kaffee seltsame Gewebe. Gedankensplitter, Assoziationsketten über seine Alpträume, die Ente im winterlich kalten Garten, seine Familie und die eigene Lebensgeschichte. Nachdenklich, humorvoll, gilt sein aufmerksamer Blick den kleinen Dingen des Alltags und verleiht ihnen einen wunderbaren Glanz. Das ideale Winterbuch, leise, etwas schräg, philosophisch und seltsam tröstlich, wenn man es denn gebrauchen kann.

Uns wünsche ich zu Weihnachten viel Schnee und endlose Lesetage, um die dicke Doppelbiographie über Iris und Peter von Roten **Verliebte Feinde** zu lesen. **Wilfried Meichtry** hat eine spannende Collage aus zeitgeschichtlichen Dokumenten, Familiengeschichte, Sozialgeschich-

te der Schweiz im 20. Jahrhundert und Geschichte der Frauenbewegung verfasst. Im Zentrum steht aber die berührende Liebe des ungleichen Paares, das über 1500 Briefe hinterlassen hat. Ihre Wortgefechte, politischen Duelle und Liebesgeständnisse zu lesen ist ein Genuss. Sie haben nie zusammen gepasst, die kämpferische Frauenrechtlerin und der katholische Familienmensch aus dem Wallis. Trotzdem heirateten sie, leben nach ihren eigenen, unkonventionellen Regeln, oft getrennt und doch bis zum Schluss in Freiheit zusammen. Iris von Roten, die 1958 das Skandalbuch «Frauen im Laufgitter» veröffentlicht hat, und ihr Mann, Vorkämpfer für das Frauenstimmrecht, sind ein



unheimlich interessantes Paar. Mein Lieblingsbuch des Jahres! ■

**Literaturangaben**

*Abdolah, Kader: Das Haus an der Moschee. Claassen: 2007*

*Baker, Nicholson: Eine Schachtel Streichhölzer. Rowohlt: 2004*

*Boyne, John: Der Junge im gestreiften Pyjama. Fischer: 2007*

*Meichtry, Wilfried: Verliebte Feinde. Iris und Peter von Roten. Ammann: 2007*





Es gibt solche Politiker und solche. Solche, die A sagen, B denken, C meinen und dann D machen. Die sorgen für das weit verbreitete Misstrauen gegenüber der Politik.

Dann gibt es solche, die A sagen, nichts dabei denken, dann das Gefühl bekommen, B sei doch besser und – weil sie denken, sie seien besonders schlau – C sagen. Und dann am Schluss bei D landen...

So geschehen bei der **CVP- und FDP-Motion für ein Listenverbindungsverbot**. Nun suchen einige in der CVP-Fraktion den Rückwärtsgang, weil A wohl doch richtig gewesen wäre, und die FDP lacht sich ins Fäustchen.

Wie viel der Präsident der SVP Stadt Zug denkt, wenn er mal wieder unter Leserbrief-Durchfall leidet, weiss nur **Manuel Brandenburg** selber, vielleicht. Und was sich SVP-Kantonsrat **Schleiss**

## Wahlen 07: Desaster für den Bürgerblock – Lang lacht ins Fäustchen

Das Zuger Gewerbe sprach im Vorfeld der Wahlen immer wieder Klartext: für eine starke bürgerliche Vertretung im Nationalrat. Eine bürgerliche Dreiervertretung. Die Motivation war klar: Dem Gewerbe lag und liegt der Standort Zug sehr am Herzen. Und deshalb ist es nicht unerheblich, wer den Kanton in Bern vertritt.

Nun haben die Freisinnigen zum zweiten Mal die Wahlschlacht gegen den ehemaligen Marxisten Lang verloren. Trotz ihrem Sechser-Ticket. Ein Desaster!

Die Wahlstrategen müssen sich fragen, ob ihr Wahlkampf wirklich so stürmisch war oder halt doch eher ein laues Lüftchen – vielleicht aufgefrischt mit einigen Brisen.

Sie werden auch nachdenken müssen, ob man nicht viel mehr auf den linken Mann hätte spielen müssen, um Unterschiede klar machen zu können.

Fragen gefallen lassen müssen sich aber auch CVP und SVP. Denn auch die anderen bürgerlichen Parteien be-

tonten ja immer wieder, dass man für eine bürgerliche Zuger Vertretung in Bern eintrete.

Weshalb war dann keine Listenverbindung, wie sie die Linke zelebrierte, möglich? Dass man die Linke mit Listenverbindungen in die Schranken weisen kann, das bewiesen ja die Ständeratswahlen.

Aber vielleicht will man ja den Freisinn gar nicht im Boot?

Dem Gewerbe kann jedenfalls dieses Wahlergebnis nicht egal sein. Immer wieder hat Lang mit seinen Vorstössen im Nationalrat bewiesen – und er wird es in den kommenden vier Jahren ganz bestimmt wieder tun – dass er den Wirtschaftsstandort Zug mit anderen Augen sieht. Dass er die Prioritäten anders setzt. Jedenfalls anders als das Gewerbe und das ist schlecht. Sehr schlecht! Besonders auch für die Arbeitnehmer. Nur, das müsste man halt einmal öffentlich sagen und auf den Übertäter hinweisen. Klar und deutlich!

[Federico]

gedacht hat, als er sich mit der von Brandenburg geschriebenen Brandrede gegen die Zuger Gerichte im Kantonsrat bei allen halbwegs denkenden KantonsrätInnen für immer unmöglich gemacht hat, weiss nur er selber, vielleicht.

Dass hingegen **Thomas Lötscher** sicher weiss, wie ihm bei der Debatte um seine Sozialbetrugs-Interpellation geschehen ist, machte seine body language klar. **Hubert Schuler (SP)**, **Eric Frischknecht (AL)**, **Karin Andenmatten (CVP)**, **Rupan Sivaganesan (AL)** und zu guter letzt **Regierungsrätin Wei-**

**chelt** demontierten seinen Vorstoss dermassen, dass man sich um die Gesundheit von Lötscher sorgen musste. Mit dicker und dicker werdendem Hals fast erstickt, blieb das oberste Knöpflein seines Hemdes aber doch zu. Der Mann hat Prinzipien.

Die hat auch das „Gewerbe aktuell“ – das Monatsblättli des Zuger Gewerbeverbandes. Das Prinzip heisst: keine Kolumne von Federico zu blöd, um nicht abgedruckt zu werden. Und neuerdings darf **Blick-Sportredaktor Fredy Trütsch alias Federico** nicht nur den Schlusspunkt setzen (wo er schon Kinderprügel begrüsste), sondern sogar das Editorial schreiben. Dasjenige nach den Wahlen drucken wir zur rotgrünen Erbauung im Faksimile ab.

Kein Wunder verlieren die Bürgerlichen die Wahlen, wenn ihre Vorbeter nicht einmal den Unterschied zwischen Majorz, Listenstimmen- und Nationalratsproporz begriffen haben. Von Wahlarithmetik ganz zu schweigen. Hoffen wir,

dass es so bleibt. Woher die Galle in Federicos „Analyse“ kommt, erfährt man auf der Blick-Redaktion. Als der Blick eine Wahlvorschau über Zug unter dem zutreffenden Motto: «Alle gegen einen» auf Jo Lang fokussierte, regte sich Trütsch masslos auf über diese „Überschätzung Langs“. Und jetzt, wo dieser glanzvoll wieder gewählt ist, scheint er unseren Nationalrat selber zu überschätzen.

«Galle obsi» auch bei der **Zuger Wirtschaftsförderung**: für einen sechsstelligen Betrag hat diese mit Staatsgeldern vor einigen Monaten ein 10-minütiges Werbefilmchen machen lassen unter dem Titel: «Zug: small world – big business». Dummerweise erklärt ausgerechnet **Joanne Beck, General Manager der Alcon AG**, wieso die Alcon nicht nur wegen der tiefen Steuern, sondern auch wegen blablabla in Zug ist – respektive war. Die Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg sucht für ihren Werbefilm noch Leute – wir wüssten da noch eine telegene General Managerin... ■



Der Stuhl ist noch ganz und stabiler denn je, aber FDP-Hodel...



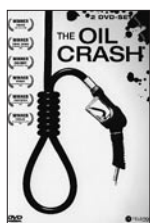


26

Ein böses Erwachen

Martin Stuber, Zug

Die Premiere in Zug war etwas speziell: an einem sonnigen Sommertag zu zweit im Kino Seehof – das Interesse des Publikums war umgekehrt proportional zur Bedeutung des gezeigten Filmes: «The Oil Crash – a crude



**awakening**». In der ganzen Schweiz haben bis heute rund 8000 Leute den Film gesehen.

Zum Vergleich: «An inconvenient Truth» lockte über 150'000 ZuschauerInnen ins Kino, «The Simpsons» hatten rund 400'000 BesucherInnen... Das Wortspiel im Titel («crude» ist auch die englische Kurzform für Rohöl) ist das einzig witzige am Film. Schritt für Schritt erläutert er anhand von Interviews mit Spezialisten (das Ölbusiness ist eine Männerdomäne, eine einzige Frau, eine Historikerin, kommt zu Wort...) etwas, wovon viele lieber nichts wissen möchten: das Erreichen von Peak Oil, der Spitze der Welterdölförderung und dessen Folgen. Die Bedeutung des Öls für die Geschichte des 20. Jahrhunderts wird deutlich. Die himmelstreichende Gedankenlosigkeit, mit der die Menschheit – genauer gesagt eine wohlhabende

Minderheit der Erdbevölkerung - den wertvollsten je gefundenen Rohstoff hemmungslos verbrennt, auch.

Die schonungslose Darstellung der Fakten wirkt durch die Interviewform und die oft suggestive Kombination mit Bildern stärker, als in einem «normalen» Dokumentarfilm. Wenn das 20. Jahrhundert durch die unbeschränkte und billige Verfügbarkeit der bei weitem wichtigsten Primärenergie geprägt war, wird das 21. Jahrhundert durch den Run auf den verbliebenen, schwindenden Rest und die riesigen Anstrengungen zur Substituierung durch andere Primärenergien in die Geschichte eingehen. Soviel ist sicher.

Fast noch interessanter als der Film ist die Bonus DVD mit den ungekürzten Interviews der wichtigsten Gesprächspartner – weniger suggestiv, dafür informativer.

Was mich am Film etwas gestört hat: der apokalyptische Unterton. Das Überschreiten von Peak Oil kann auch eine Chance sein. Aber nur, wenn viele diesen Film sehen und Konsequenzen ziehen, im individuellen Leben wie im politischen Engagement.

*Der Film ist seit Oktober als Doppel-DVD erhältlich. Z.B.*

*bei [www.cede.ch](http://www.cede.ch)  
Ein weiterführender Link zum Thema:  
[www.aspo.ch](http://www.aspo.ch)*



FliZ-Programm im Kino Gotthard

**Montag, 14. Januar 2008, 20:00 Uhr**

**RAJAS REISE** – von Karl Saurer

Die nachvollzogene Geschichte eines «Elefanten-geschenks» von Südindien bis Wien um 1550 - kurz nach der Entdeckung durch Vasco da Gama. Von Indien und seinen frühen Kolonien kamen damals die Gewürze über den Seeweg nach Portugal. Elefanten waren schon etliche Jahrhunderte Statussymbol von Herrschern. Aber dass ausser Hannibals Kriegselefanten auch das Geschenk für Erzherzog Maximilian von Genua zu Fuss über die Alpen nach Wien gelangte, war doch etwas Besonderes. Der Film geht diesem Weg und den zahlreichen Zeugen seiner Geschichte nach und zeigt auch die Bedeutung von Elefanten im kulturellen Indien. Gäste: Karl Saurer und Elena M. Fischli sind für ein Gespräch anwesend!

**Montag, 11. Februar 2008, 20:00 Uhr**

**RICORDARE ANNA** – von Walo Deuber, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle AIDS-Hilfe Zug  
Eine wahre Begebenheit aus den Anfängen von AIDS in den 80er Jahren, als die Infektion noch tödlich war. Ein Vater, dessen Tochter und ihre zwei Kinder die Immunschwäche hinwegrafft - und das Warum nicht

verstehen kann. Er begibt sich auf die Reise nach Sizilien, um ihr Leben und schliesslich auch ihren Tod dort besser zu verstehen. Es stehen viele AIDS-Infizierte im Arbeitsprozess bei uns, man ist über die Infektion gut informiert und trotzdem wird geschwiegen - ist gezwungen zu schweigen. Gast: Der Regisseur Walo Deuber.

**Montag, 10. März 2008, 20:00 Uhr** (voraussichtlich)

**PRATER** – von Ulrike Ottinger  
Menschen, Monster, Sensationen! Mit betörenden Bildern verwandelt Ulrike Ottingers Film «Prater» diesen mythischen Wiener Ort in ein Kinoerlebnis. Eine fesselnde Abfolge von Ein- und Zufällen, Sprünge durch Raum und Zeit, Hintergründiges, Geschichtliches - das zu denken gibt, und zum Lachen reizt. «Praterdynastien» - Gründerfamilien - erzählen vom Schaustellerleben bis zum «Schweizerhaus», einem gastronomischen Spitzenbetrieb. Es ist eine Kulturgeschichte des ältesten Vergnügungsparks bis und mit brillanten Einblicken in den Wandel der technischen Attraktionen. Es ist ein Film von Ulrike Ottinger, wie immer ein Artefakt (Taiga, Johanna D'Arc of Mongolia), der uns auf hohem Niveau zu faszinieren vermag. Gast: Ulrike Ottinger! Eine Schweizer Premiere. ■



**SA, 5. Januar: Stamm,  
KriFo Cham**

10:00 Uhr, Restaurant  
Milchsüdi, Cham

**MI, 9. Januar:**

**Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug,  
Mit Köchinnen und Kö-  
chen der Alternative Baar

**SA, 2. Februar: Stamm,  
KriFo Cham**

10:00 Uhr, Restaurant  
Milchsüdi, Cham

**MI, 6. Februar:**

**Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug,  
Mit Köchinnen und  
Köchen der Alternative  
Stadt Zug

**SA, 1. März: Stamm,  
KriFo Cham**

10:00 Uhr, Restaurant  
Milchsüdi, Cham

**SO, 2. März: Auflösungs-  
versammlung SGA**

Ab 10:00 Uhr zum  
Brunch, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug

**MI, 5. März:**

**Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug,  
Mit Köchinnen und Kö-  
chen des Forum Oberägeri

**SA, 8. März: Internationa-  
ler Frauentag**

Veranstaltungen: siehe  
Tagespresse!

**DI, 25. März: KriFo Cham  
Vorbereitung Gemeinde-  
versammlung**

19:00 Uhr Lorzensaal  
Cham

**MO, 31. März: KriFo  
Cham Gemeindever-  
sammlung Cham**

19:30 Uhr Lorzensaal  
Cham

**MI, 2. April:**

**Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug,  
Mit Köchinnen und Kö-  
chen der Frischen Brise  
Alternative Steinhausen



Die Alternativen im  
Kanton Zug

**Alternative Kanton Zug**  
Postfach 4806, 6304 Zug  
041 711 99 09  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

**Forum Oberägeri**  
Andreas Kuhn, Lutisbach-  
weg 9, 6315 Oberägeri  
www.forum-oberaegeri.ch  
forum-oberaegeri@my-  
mail.ch

**Freie Wähler Menzingen**  
Pia Rhyner, Präsidentin  
Eustr. 16, 6313 Menzingen  
Postfach 112  
6313 Menzingen  
www.fw-menzingen.ch  
pia@fw-menzingen.ch

**Frische Brise Alternative**  
Steinhausen  
Postfach 123  
6312 Steinhausen  
www.frischebrise.ch  
ursfalk@bluewin.ch

**Gleis 3 Risch-Rotkreuz**  
Hanni Schriber  
Unterer Haldenweg 5  
6343 Rotkreuz  
www.gleis3.ch  
hannischriber@gmx.ch

**KriFo Alternative Cham**  
Esther Haas, Sonn-  
eggstrasse 11, 6330 Cham  
haas-pousaz@gmx.ch

**Alternative Stadt Zug**  
Postfach 4805, 6304 Zug  
www.alternative-stadt.ch  
info@alternative-stadt.ch

**Alternative Baar**  
Postfach  
6340 Baar  
www.alternative-baar.ch  
info@alternative-baar.ch

**Alternative Fraktion im  
Kantonsrat**  
www.alternativefraktion.ch



Namentlich gezeichnete  
Artikel unterliegen der  
alleinigen Verantwor-  
tung der Autorinnen und  
Autoren.

Bulletin Nr. 4, Dezember  
2007  
erscheint viermal jährlich.  
Herausgeber:  
Verein DAS BULLETIN  
Adresse: BULLETIN  
Alternative Kanton Zug,  
Postfach 4805, 6304 Zug,  
bulletin@ch.inter.net  
Redaktion: Philipp  
Bischof, Natalie Chiodi,  
Hansjörg Glauser, Philippe  
Koch, Adelina Odermatt  
(Fotos), Martin Stuber  
Produktion: DMG Zug  
Gestaltungskonzept:  
S.H.E.D.  
Belichtung und Druck:  
DMG Zug  
Gedruckt auf Cyclus Print  
(100% Recycle Papier)  
Nutzauflage:  
1150 Exemplare  
WEMF-bestätigte Auflage:  
1025 Exemplare  
Abonnement: Fr. 25.-;  
KleinverdienerInnen  
Fr. 10.-,  
Unterstützungsabo:  
Fr. 50.- Mitgliederbeitrag  
Verein DAS BULLETIN:  
Fr. 100.-  
Einzahlungen auf: Verein  
DAS BULLETIN, 6304  
Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss  
Nr. 1/2008: Freitag,  
14. März 2008  
Erscheinungsdatum:  
Donnerstag, 27. März 2008

«DAS BULLETIN» auf  
dem Internet unter  
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative Kanton Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

